

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

TADSCHIKISTAN ZWÖLF JAHRE NACH DEM BÜRGERKRIEG DER FALL DES UMWELTSCHÜTZERS ANDREJ SATOKA IN TURKMENISTAN

■ ANALYSE

Wie stabil ist Tadschikistan?
Das politische Erbe des Bürgerkrieges und die Machtkämpfe der Eliten
Von Tim Epkenhans, Freiburg 2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Tadschikistan in internationalen Rankings 6
Rücküberweisungen nach Tadschikistan und Bevölkerungsanteil
unterhalb der Armutsgrenze in Tadschikistan 8

■ DOKUMENTATION

Verhaftung, Verurteilung und Freilassung des Umweltschützers Andrej Satoka.
Sonderfall oder neue Tendenz? – Ein Blick in die Presse 9

■ CHRONIK

Vom 23. Oktober bis zum 19. November 2009 14

■ MITTEILUNGEN DES OST-AUSSCHUSSES DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Interview mit Prof. Dr. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses
der Deutschen Wirtschaft zur Zentralasienreise des Ost-Ausschusses 22

*Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der
Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Wie stabil ist Tadschikistan?

Das politische Erbe des Bürgerkrieges und die Machtkämpfe der Eliten

Von Tim Epkenhans, Freiburg

Zusammenfassung

Der Bürgerkrieg in Tadschikistan hat auch zwölf Jahre nach seinem Ende noch Auswirkungen auf die politischen Vorgänge im Land. Der autoritär regierende Präsident Rachmon präsentiert sich – immer weniger erfolgreich – als Stabilitätsgarant und (inzwischen auch alleiniger) Friedensstifter von damals. Politische Gegner und ehemalige Partner werden ausgeschaltet. Der vorliegende Beitrag zieht die machtpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre nach und stellt die Frage nach den Perspektiven des Staates wie der derzeitigen Politik der Eliten.

Als Anfang Oktober eine Vertreterin der tadschikischen Zivilgesellschaft im Rahmen einer Tadschikistan-Konferenz bemerkte, dass Tadschikistan nach wie vor das liberalste und stabilste der »persophonen« Staaten (neben Afghanistan und Iran) sei, zeigten sich zahlreiche Zuhörer überrascht, widerspricht diese Einschätzung doch der verbreiteten Auffassung, dass Tadschikistan der fragilste und instabilste Staat der Großregion sei. Insbesondere Berichte der International Crisis Group unterstellen regelmäßig, dass sich das zentralasiatische Land unmittelbar am Rande eines Staatszerfalls befände. Offenbar greift diese Analyse der vermeintlichen Fragilität und Instabilität Tadschikistans aber zu kurz. Trotz gravierender sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme konnte sich das Regime Emomali Rachmons in den vergangenen Jahren behaupten und seine Position festigen. Diese Konsolidierung erfolgte insbesondere durch Ausschaltung ehemaliger Alliiierter und Rivalen, die Monopolisierung der politischen Deutungshoheit sowie eine – für das Regime – vorteilhafte geopolitische und wirtschaftliche Gesamtsituation. Die zunehmende Stabilität des Regimes schuf jedoch keineswegs Rahmenbedingungen für eine politische Transformation Tadschikistans nach einem liberal-demokratischen Muster, sondern verfestigte autokratisch-patriarchalische Herrschaftsmuster. Diese erwiesen sich als weitaus flexibler und belastbarer, als Beobachter erwartet haben. Die wirtschaftliche und politische Marginalisierung weiter Teile der Bevölkerung sowie das exklusive Verständnis von Stabilität und Sicherheit seitens der herrschenden Elite sind jedoch mittel- und langfristig Faktoren, die Tadschikistans Zukunft negativ bestimmen werden.

Konsolidierung des Rachmon-Regimes

Präsident Rachmon verdankt seine heutige Position einer Gruppe von Feldkommandeuren aus dem Gebiet Kulob (im Südosten Tadschikistans), die ihn 1992 zum

Sprecher des Obersten Sowjets machten – nicht als primus inter pares, sondern als Kompromisskandidat, der über keine eigene Hausmacht verfügte. Doch gelang es Rachmon, die verschiedenen Fraktionen innerhalb des Regierungslagers gegeneinander auszuspielen und sich 1994 in manipulierten Wahlen zum Präsidenten wählen zu lassen.

Dabei ist anzumerken, dass weder die Regierung noch die Opposition während des Bürgerkrieges homogene politische Gruppierungen darstellten. Vielmehr handelte es sich um heterogene Solidaritätsgruppen, die sich um einen charismatischen Feldkommandeur mit einem spezifischen regionalen Hintergrund gebildet hatten. Die Dynamik des tadschikischen Bürgerkrieges ergab sich insbesondere durch einen ausgeprägten Regionalismus (tadsch. *mahalgeroi*) sowie Konflikte über die Kontrolle der ökonomischen Ressourcen und vage politische Ordnungsvorstellungen. Ein Großteil der Feldkommandeure in beiden Lagern rekrutierte sich entweder aus den sowjetischen Sicherheitsstrukturen oder aus regionalen Gruppierungen der organisierten Kriminalität. Einer der zentralen Kommandeure der Regierungsallianz, Sangak Safarow (der Rachmon in sein Amt verholfen hatte), verbrachte 23 Jahre in sowjetischen Straflagern für eine Reihe nicht politisch motivierter Straftaten.

Der tadschikische Bürgerkrieg wird gelegentlich nicht nur als regionalistischer, sondern auch als säkular-religiöser Konflikt beschrieben. Dies insbesondere, da die Opposition sich um die Partei der islamischen Wiedergeburt (PIW) konstituierte und führende Kader der militanten Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU), etwa Jumaboy Hojijew »Namangani«, auf Seiten oppositioneller Einheiten kämpften. Der Rückgriff auf »Islam« und vermeintlich »islamische« Traditionen erfolgte allerdings in beiden Lagern zur Mobilisierung von Anhängern. Auch nicht alle Feldkommandeure der Opposition verfolgten eine dezidiert »islamische« Agenda, sondern

zumeist eigennützige Interessen, die häufig mit denen regionaler krimineller Netzwerke kongruent waren. Die Einbeziehung »islamischer« – also religiöser – Werte und Normen seitens krimineller Strukturen kann in einem regionalen Kontext legitimitätsstiftend sein, ist allerdings weder etwas spezifisch Tadschikisches noch Islamisches (hier sei nur an die Cosa Nostra erinnert). Auch der Kern der IMU, die Gruppierung Adolat (»Gerechtigkeit«), war zunächst eine lokale Vereinigung junger, marginalisierter Männer, die sich zwar in Anlehnung an traditionelle »Männerbünde« (usb. *javanmardi*) »islamisch« inszenierten, tatsächlich aber Strukturen organisierter Kriminalität ausbildeten bzw. übernahmen.

Die spezifische Dynamik des Bürgerkrieges bedingte, dass Loyalitäten selbst innerhalb lokaler Solidaritätsgruppen keineswegs stabil waren, sondern durch konkrete materielle Anreize verändert werden konnten. Das Friedensabkommen von 1997 folgte weitgehend dieser Logik: Anstelle der Etablierung formeller (unpersönlicher) Herrschaftsstrukturen erfolgte die Übernahme der personengebundenen (fluiden) Loyalitätsbindungen. Die im Friedensabkommen vereinbarte Demobilisierung bzw. Integration der oppositionellen Einheiten in reguläre tadschikische Sicherheitsstrukturen ist für diese Entwicklung paradigmatisch. Da sich sowohl regierungsnah als auch oppositionelle Feldkommandeure während der Friedensverhandlungen weigerten, ihre – zumeist durch regionale Herkunft und gemeinsame Erfahrungen – loyalen Verbände einem übergeordneten Kommando zu unterstellen, entstanden nach 1997 mit Billigung der Regierung eine Reihe autonomer militärischer wie paramilitärischer Strukturen. So verfügte beispielsweise das Katastrophenschutzministerium unter der Leitung eines ehemaligen Kommandanten der Vereinigten Tadschikischen Opposition (VTO) und Vertreters der PIW, Mirso Sijojew, bis 2006 über einen paramilitärischen Verband, der sich überwiegend aus Angehörigen seiner Bürgerkriegsmiliz rekrutierte. Ähnliche Muster sind für die ehemalige Präsidialgarde zu konstatieren, die sich aus Kombattanten der Einheit des früheren Rachmon-Verbündeten Ghaffur Mirsojew zusammensetzte. Formelle politische oder administrative Ämter sowie die daraus resultierende Kontrolle über weiterhin personalisierte bewaffnete Einheiten erlaubten nach 1997 ehemaligen oppositionellen wie regierungsnahen Feldkommandeuren den Zugriff auf die wirtschaftlichen Ressourcen Tadschikistans. Präsident Rachmon und die präsidiale Administration agierten zunächst vor allem als Vermittler. Auch illegale Aktivitäten – insbesondere der Drogentransit – werden nach Berichten vieler Beobachter unter den rivalisierenden Gruppierungen

aufgeteilt. Eine Bevorzugung der regionalen Herkunft (insbesondere aus dem Gebiet Kulob) in diesem Aufteilungsprozess ist zwar evident, betrachtet man aber die interne Dynamik dieser regionalen Elite – insbesondere die Abwesenheit von Kontinuität – ist zu konstatieren, dass die Entscheidungsprozesse innerhalb der präsidialen Verwaltung nicht aufgrund der Antizipation von permanenten Loyalitätsbindungen (etwa »Clanstrukturen«) erfolgte, sondern durch situative Abwägung (materIELler) Vor- und Nachteile. Letztendlich waren es bezeichnenderweise Vertreter der Kulobi-Elite – also vormalige Verbündete –, die in den vergangenen Jahren an Einfluss verloren. Selbst wenn das Konzept »Clan« in Tadschikistan auf den kleinsten Nenner – die Familie – reduziert wird, begründet dies keinesfalls kategorische Loyalitäten, wie Auseinandersetzungen zwischen den Töchtern, dem Sohn und dem Schwager Rachmons zeigen.

Der Rollenwechsel Rachmons vom Vermittler wider Willen zum autoritären Präsidenten post-sowjetischer Prägung erfolgte allmählich seit 2002. Der Beginn der »Enduring Freedom« Kampagne in Afghanistan, Russlands »Rückkehr« nach Zentralasien sowie Chinas Debüt in der Region wertete die geopolitische Position Tadschikistans auf und erlaubte Rachmon gegen seine Rivalen vorzugehen. Ehemalige Alliierte – etwa der Kommandant der Präsidialgarde Mirsojew – wurden seit 2004 ausgeschaltet, die PIW marginalisiert, kritische Medien sowie die fragile Zivilgesellschaft – soweit sie sich nicht kooptieren ließen – massiv eingeschüchtert.

Auch der Diskurs über den Bürgerkrieg veränderte sich grundlegend, wie sich bei den Feierlichkeiten anlässlich des 10. Jahrestages des Friedensabkommens im Juni 2007 zeigte. Während zunächst die Parole des »Friedens ohne Sieger« galt, inszeniert sich Rachmon mittlerweile als der eigentliche Sieger des Bürgerkrieges. Konziliante Politiker des Regierungslagers, die den Friedensprozess mitgestalteten und auf einen Kompromiss hingewirkt hatten, wurden ausmanövriert. Internationale Organisationen, die den Friedensprozess begleitet hatten – vor allem die OSZE und die Vereinten Nationen – reagierten nach 2001 gegenüber den Wünschen der Regierung weitgehend fügsam, sie verzichteten entweder gänzlich auf ein substantielles Engagement (OSZE) oder stellten ihre Aktivitäten weitgehend unter die Kuratel der Regierung (UNTOP).

Verlust der Kontrolle oder Resistenz?

Seit 2007 verstärkt sich der Eindruck, dass die Situation in Tadschikistan unübersichtlicher wird und die Autorität Rachmons zunehmend unterminiert wird. Eine Reihe grotesker Korruptionsskandale, in die u. a. die

Nationalbank und das Aluminiumwerk in Tursunsoda involviert waren, erlangten eine für tadschikische Verhältnisse ungewöhnlich große Publizität. Sie zeigten die unverhohlene Bereicherung der Elite und beschädigten das Image Rachmons nachhaltig. Die politische Entwicklung spitzte sich durch einen außergewöhnlich kalten Winter 2007/2008 zu, der die tadschikische Bevölkerung an den Rand einer humanitären Katastrophe brachte und die eklatante Inkompetenz der Administration offenbarte. Zwar kam es zu lokal begrenzten Protesten, aber die geringe Vernetzung zivilgesellschaftlicher Strukturen und rigide Medienzensur verhinderten ein Ausgreifen der Proteste. Vor allem aber entschärfte die massive Arbeitsmigration überwiegend männlicher Tadschiken die Situation: Nach unterschiedlichen inoffiziellen Schätzungen arbeiten zwischen 1 und 1,5 Mio. Tadschiken in der Russischen Föderation. Beobachter prognostizieren seit etwa einem Jahr, dass die Arbeitsmigration als soziales »Ventil« infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zunehmend ausfallen könnte. Allerdings haben sich die ungünstigsten Szenarien bislang nicht eingestellt. Zwar ist das Volumen der Geldüberweisungen nach Tadschikistan eingebrochen, die massive Rückkehr von Arbeitsmigranten ist jedoch ausgeblieben bzw. weniger problematisch verlaufen als befürchtet, da lokale soziale Netzwerke offensichtlich regulierend und kontrollierend wirken.

Parallel zu diesen Entwicklungen scheinen zentrifugale Kräfte in den Regionen die Autorität der Regierung über die östlichen Landesteile, die Autonome Provinz Berg-Badachschan (GBO) sowie das Garmtal, in Frage zu stellen. Insbesondere letzteres gehört zu den politisch und wirtschaftlich marginalisierten Regionen, die nur unzureichend in die administrativen und politischen Strukturen der Sowjetrepublik Tadschikistan integriert waren und in der regionale Identitätsmuster sich verstärkt an islamischen Normen ausrichteten. Als Heimatregion zahlreicher Führungskader der PIW war das Garmtal im Bürgerkrieg schwer umkämpft. Ein Wiederaufbau der zerstörten Dörfer und Infrastruktur nach 1997 blieb weitgehend aus. Im Rahmen der Integration der Oppositionsstreitkräfte in die regulären Sicherheitsstrukturen wurden im Garmtal weitgehend Realitäten anerkannt, d. h. lokale Kommandeure der VTO avancierten nun zu offiziellen Sicherheitsorganen, wenn auch nicht unbedingt unter staatlicher Kontrolle. Im Februar 2008 versuchte – so zumindest eine Version der Ereignisse – ein OMON-Sondereinsatzkommando einen mittlerweile den offiziellen Sicherheitskräften der Region angehörenden ehemaligen lokalen Kommandeur der Opposition, Mirso-chodja Achmedow, zu verhaften. Angeblich – so

kolportierten Gerüchte – führte Achmedow einen zu geringen Teil der Kontrabande der Region an seine »Vorgesetzten« in Duschanbe ab. Während ähnliche Interventionen zuvor ohne Gewalt verlaufen waren, widersetzte sich Achmedow der Festnahme, wobei der kommandierende Offizier des Sondereinsatzkommandos erschossen wurde. Die Überraschung bestand jedoch für Beobachter in der Reaktion der Regierung, die für Monate schlichtweg nichts unternahm. Im Oktober 2008 kam es schließlich zu einem Treffen zwischen Rachmon und Achmedow, der kurze Zeit später zwar von seinen offiziellen Funktionen zurücktrat, aber rechtlich nicht belangt wurde.

Dschihadisten oder Kriminelle?

Die Gründe für die zögerliche staatliche Reaktion mögen durch verschiedene Erwägungen bedingt sein: Das Garmtal gilt als Hochburg der Opposition und ist auch aus geographischer Sicht – eine zerklüftete Gebirgslandschaft – ein problematisches militärisches Terrain. Auch schien Achmedow isoliert gehandelt zu haben und keine weiteren Ambitionen zu verfolgen. Die Situation änderte sich jedoch im Frühsommer 2009, als ein ehemaliger Feldkommandeur der Opposition, Mullo Abdullo, nach Jahren des Exils nach Tadschikistan zurückkehrte. »Mullo« Abdullo Rachimow gehörte zu einer Reihe von oppositionellen Feldkommandeuren, die das Friedensabkommen 1997 nicht anerkannt und sich nach Afghanistan abgesetzt hatten. Ähnlich wie Rachmon »Hitler« Sanginows Gruppe, die 2001 von Regierungstruppen gestellt und aufgerieben wurde, verfolgten Mullo Abdullo und seine Anhänger keineswegs eine »islamische« Agenda, sondern entsprachen eher profanen Straßenräubern. Ob Mullo Abdullo sich – wie Teile der IMU – 2000 der al-Qa'ida um Osama Bin Laden anschloss, ist nicht zu eruieren. Allerdings suchte er nach 2001 mit anderen ausländischen Kämpfern Zuflucht in den paschtunischen Stammesgebieten im pakistanischen Swattal. Die Offensive der pakistanischen Armee seit Mai 2009, die sich insbesondere gegen »ausländische (in den pakistanischen Medien häufig als »Usbeken« bezeichnete) Taliban« richtete, veranlasste Mullo Abdullo diesen Rückzugsraum zu verlassen und nach Tadschikistan zurückzukehren. Laut Angaben der kirgisischen, tadschikischen und usbekischen Sicherheitskräfte ist die Rückkehr Mullo Abdullos kein Einzelfall. Seit einigen Monaten scheint es regelmäßig zu Grenzzwischenfällen zu kommen, für die zurückkehrende IMU-Mitglieder verantwortlich sein sollen. Jedoch zeichnen sich zentralasiatische Sicherheitskräfte weder durch Transparenz aus, noch unterstehen sie einer

demokratisch legitimierten Kontrolle. Zudem haben die Führungen der zentralasiatischen Republiken in den vergangenen Jahren reflexartig auf den »Krieg gegen den Terrorismus« verwiesen und unter diesem Vorwand jede Form der Opposition zu einem Ausdruck islamischer Militanz erklärt. Diese Strategie hat nicht nur das Konfliktpotential in der Region erhöht, sondern auch die ohnehin geringe Glaubwürdigkeit der Sicherheitskräfte unterminiert.

Im Frühsommer 2009 begannen tadschikische Sicherheitskräfte eine großangelegte Operation im Garmtal und den östlichen Regionen des Landes. Die Operation »Mohr (tadsch. *kuknor*) 2009« galt zwar offiziell der Unterbindung des Drogenhandels, offensichtlich bestand jedoch ein Zusammenhang mit Achmedow und Mullo Abdullo. Letztendlich war es aber ein weit aus prominenterer ehemaliger Feldkommandeur, der dieser Operation zum Opfer fiel: Mirso Sijojew, der sich laut offiziellen Verlautbarungen einer Gruppe von IMU-Kämpfern angeschlossen hatte. Am 11. Juli 2009 wurde er angeblich von seinen eigenen Männern erschossen, als er im Begriff war, Regierungstruppen ein Waffendepot zu zeigen. Generalleutnant Mirso »Djaga« Sijojew, ehemaliger Feldkommandeur der Opposition und von 1999 bis 2006 Minister für Katastrophenschutz, verfolgte – obwohl Mitglied der PIW (die nach seinem Ableben in ihrer Parteizeitung Najot lakonisch titelte: »Mirso kam für den Frieden und er ging für den Frieden«) – nur vage ideologische Ziele. »Islam« spielte vor allem eine habituelle Rolle. Sein Beiname »Djaga« war beispielsweise keinesfalls einer islamischen Tradition entlehnt, sondern indischen Bollywood-Filmen und seine dem Katastrophenschutzministerium unterstellten paramilitärischen

Verbände waren vor allem für ihre illegalen Aktivitäten berüchtigt. Sijojew war 2006 als einer der letzten zentralen Oppositionspolitiker entmachtet worden, sein Ministerium wurde ohne Widerstände aufgelöst und ein Teil der paramilitärischen Truppen anderen Einheiten zugeordnet. Über die Beweggründe Sijojews, sich einer militanten Gruppierung anzuschließen, lässt sich nur spekulieren. Vermutlich spielten seine Entlassung 2006, eine nostalgische Verklärung der Jahre des Bürgerkrieges und die zunehmend exklusive Interpretation des Bürgerkrieges durch die Regierung Rachmons eine wichtige Rolle. Allerdings ist ebenfalls zu vermuten, dass er die Entschlossenheit der Regierung in dieser Situation unterschätzt bzw. seine Fähigkeiten zur Mobilisierung der eigenen Anhänger überschätzt hatte.

Die unübersichtliche und unbeständige Situation in Tadschikistan hat Beobachter verleitet, einen Staatszerfall zu prognostizieren oder zumindest eine weitreichende Destabilisierung mit gravierenden, insbesondere sicherheitsrelevanten, Konsequenzen für die Nachbarländer. In der Tat ist Tadschikistan kein Staat inklusiver Stabilität, die durch transparente Konsensbildung, Interessenausgleich oder Inklusion gesellschaftlicher Gruppen in einem rechtsstaatlichen Rahmen begründet wird, wie es idealtypisch von einem liberal-demokratischen Staat erwartet wird. Die Eliten Tadschikistans verfolgen derzeit eine Strategie der exklusiven Stabilität, die sich als ausgesprochen flexibel und resistenter erwiesen hat. Während diese Strategie kurzfristig relativ erfolgreich zu sein scheint, besteht mittel- und langfristig die Gefahr, dass sich die bestehenden Vorstellungen eines failed state Tadschikistan bewahrheiten könnten.

Über den Autor:

Dr. Tim Epkenhans ist Juniorprofessor für Islamwissenschaft/Iranistik an der Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg. Zuvor arbeitete er für das Auswärtige Amt und die OSZE in Tadschikistan und Kirgistan. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die neuzeitliche Geschichte Zentralasiens und Irans, derzeit arbeitet er an einem Oral-History Projekt zu den Ursachen und Folgen des tadschikischen Bürgerkrieges.

Lesetipps:

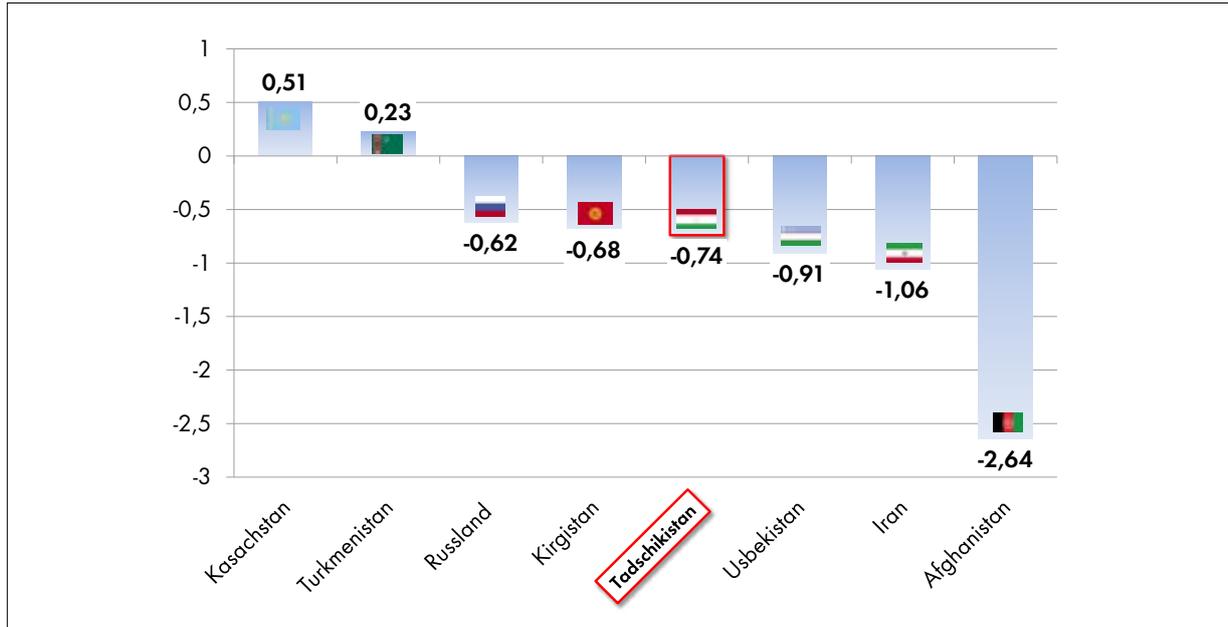
- Tadjikistan: On the Road to Failure, ICG Asia Report No 162, 12 February 2009 = <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5907&l=1>
- Lola Olimova, Nargiz Hamrabaeva, Taming Tajikistan's Eastern Valleys, IWPR RCA No 584, 23 July 2009 = http://www.iwpr.net/?p=rca&s=f&o=354634&apc_state=henirca200907
- John Heathershaw, Post-Conflict Tajikistan. The politics of peacebuilding and the emergence of legitimate order, London 2009.

Tabellen und Grafiken zum Text

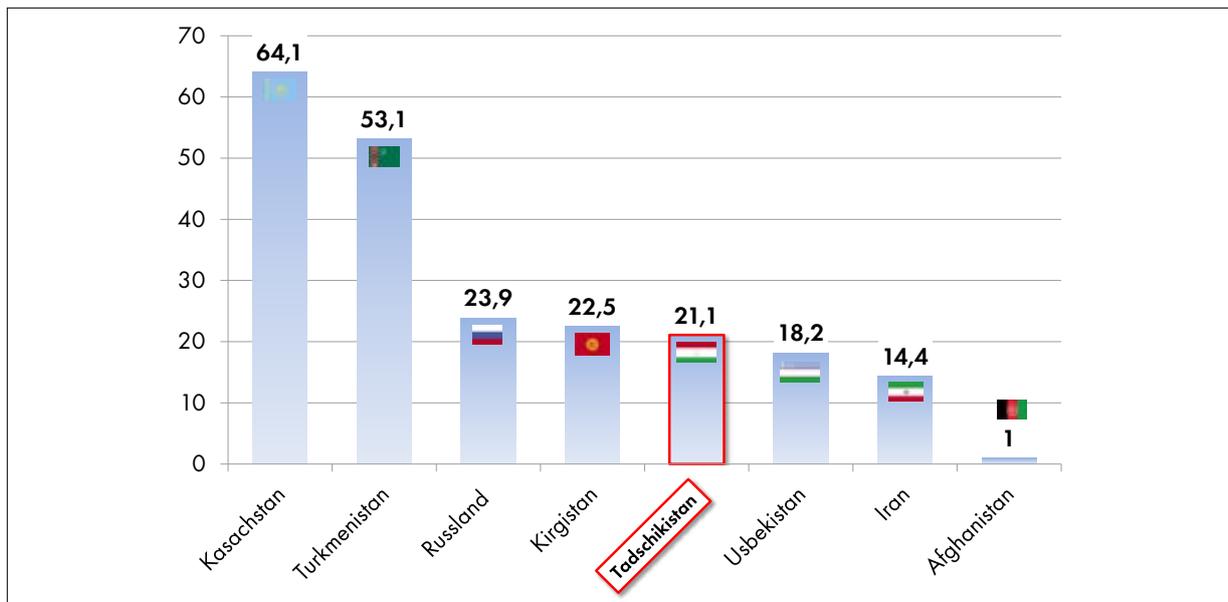
Tadschikistan in internationalen Rankings

Politische Stabilität (Teilranking der Worldwide Governance Indicators 2008)

Bewertung



Prozentrang

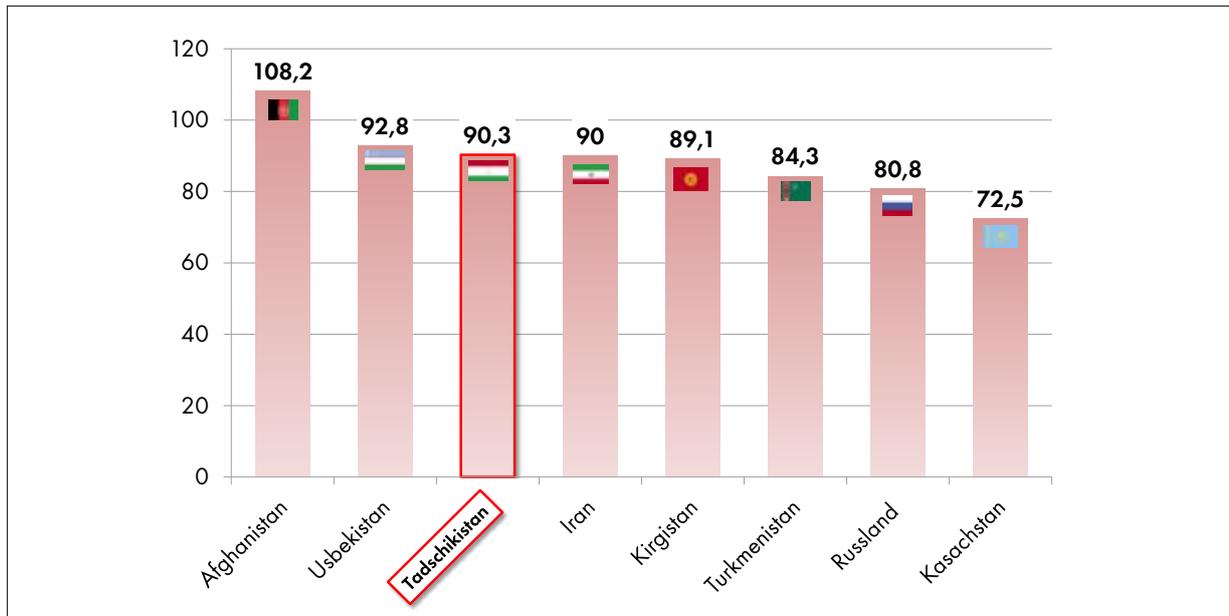


Anzahl der Quellen, die »Governance Matters« benutzt, um die Rankings zu berechnen: Kasachstan: 10, Kirgistan: 8, Tadschikistan: 8; Turkmenistan: 7, Usbekistan: 8, Afghanistan: 5, Russland: 11, Iran: 9

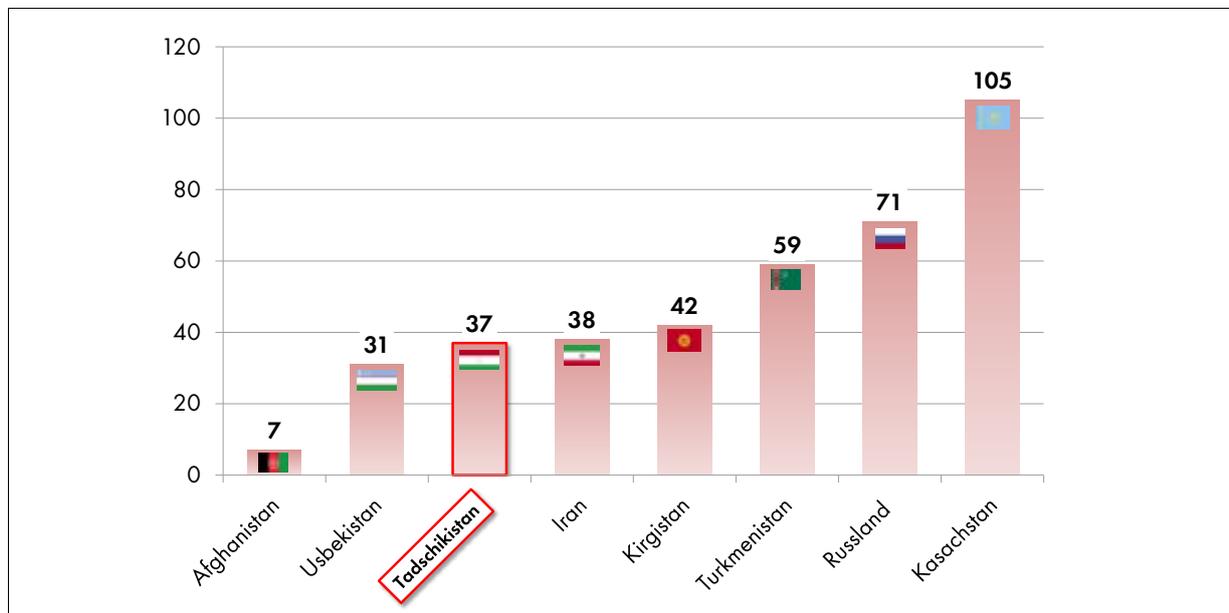
Quelle: Governance Matters - Worldbank Worldwide Governance Indicators 2009;
<http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.asp>

Failed States Index (2009)

Gesamtbewertung



Rang

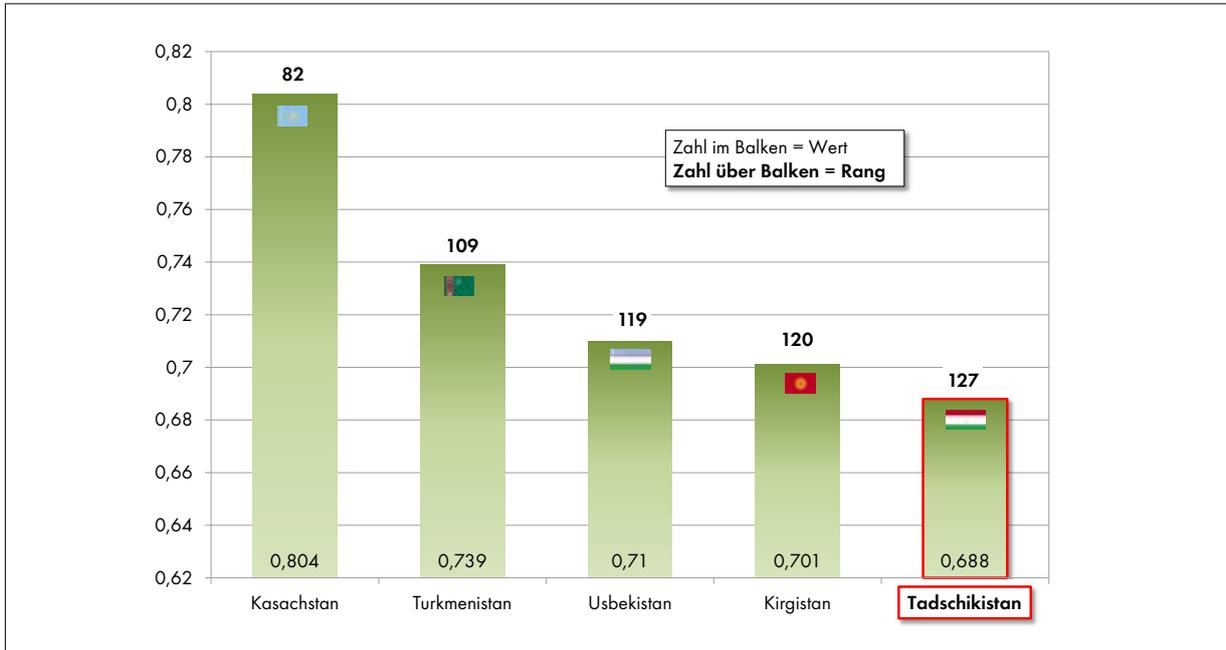


Der Failed States Index (2009) setzt sich aus zwölf sozioökonomischen und politischen Einzelbewertungen zusammen (demographic pressures, refugees/IDPs, group grievance, human flight, uneven development, economic decline, delegitimization of state, public services, human rights, security apparatus, factionalized elites, external intervention)

Quelle: Foreign Policy Magazine, Failed State Index 2009;

http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/06/22/2009_failed_states_index_interactive_map_and_rankings

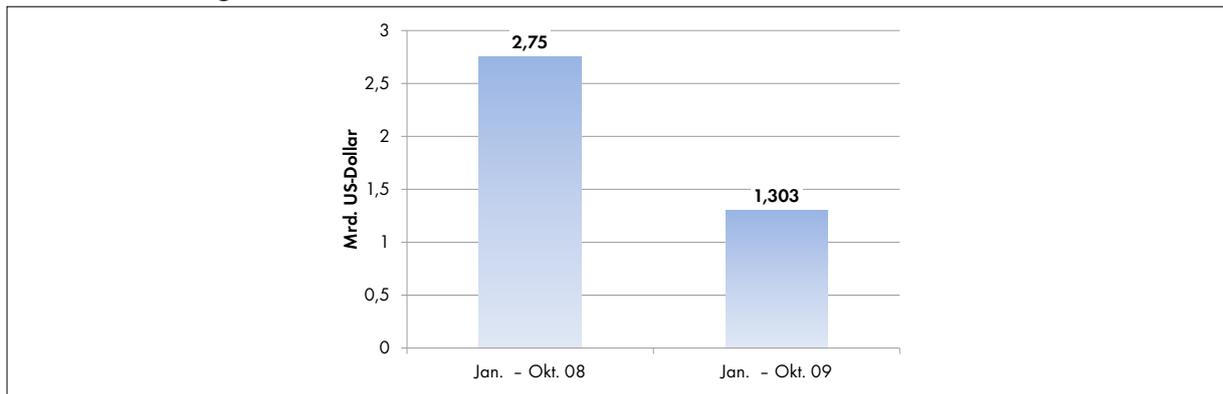
Human Development Index 2007



Quelle: Human Development Report 2009; http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf

Rücküberweisungen nach Tadschikistan und Bevölkerungsanteil unterhalb der Armutsgrenze in Tadschikistan

Rücküberweisungen über tadschikische Banken (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: Statistical Committee of Tajikistan; www.stat.tj/

Bevölkerungsanteil unterhalb der Armutsgrenze (in %)

	unter 1,25 US-Dollar (Tag/Person, 2000–2007)	unter 2 US-Dollar (Tag/Person, 2000–2007)	unterhalb der nationa- len Armutsgrenze (2000–2006)
Tadschikistan	21,5	50,8	44,4

Quelle: Human Development Report 2009; http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf

Dokumentation

Verhaftung, Verurteilung und Freilassung des Umweltschützers Andrej Satoka. Sonderfall oder neue Tendenz? – Ein Blick in die Presse

Die Festnahme von Regimekritikern und Oppositionellen sowie unfaire Urteile werden aus den zentralasiatischen Staaten häufiger gemeldet. Nur die wenigsten Fälle erreichen eine breitere Öffentlichkeit. Die Verurteilung des bekannten Menschenrechtlers Jewgenij Schowtis in Kasachstan im September dieses Jahres war da eine Ausnahme. Und auch der Fall eines Umweltschützers in Turkmenistan im Herbst dieses Jahres fand etwas größere internationale Beachtung.

Am 20. Oktober 2009 wurde auf einem Basar der turkmenischen Gebietshauptstadt Daschogus nahe der Grenze zu Usbekistan der Umweltschützer Andrej Satoka verhaftet. Nach seiner Darstellung wurde er von einem Mann unvermittelt angegriffen und bevor er sich überhaupt hätte wehren können von gleichzeitig aufgetauchten Polizisten verhaftet. Der Angreifer, ein stadtbekannter Drogenabhängiger, der von der Polizei als Opfer vernommen wurde, trug angeblich eine gebrochene Hand und weitere Verletzungen davon. Ein örtliches Gericht verurteilte Satoka bereits am 29. Oktober wegen Körperverletzung in einem mittelschweren Fall zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren. Eine Woche später, am 6. November, änderte das zuständige Bezirksgericht das Urteil in eine Geldstrafe von 1.000 Manat (ca. 240 Euro) um – unter der Bedingung, dass Satoka, der nicht nur die turkmenische, sondern auch die russische Staatsbürgerschaft hatte, das Land umgehend verlasse. Bereits am Morgen des 8. November befand er sich zusammen mit seiner Frau auf dem Weg nach Moskau.

Satoka (53) war nach Beendigung seines Biologie-Studiums in Russland 1982 in die damalige Turkmenische SSR gekommen, wo er eine Stelle im Schutzgebiet Kaplankarsk antrat. Darüber hinaus war er schon zu Sowjetzeiten im Natur- und Umweltschutz engagiert. 1992 wurde der Reptilienforscher entlassen und gründete zusammen mit seiner Frau in mehreren turkmenischen Städten Umweltgruppen, u. a. in Daschogus. Diese Gruppe wurde 2003 im Rahmen der gesamtstaatlichen Maßnahmen gegen jegliche NGO geschlossen, sein turkmenischer Partner in der Daschoguser Gruppe ging nach der Verhaftung nach Österreich in die Emigration. Satoka, dessen Familie in Jekaterinburg in Russland lebt, wurde im Januar 2007 unter einer fadenscheinigen Begründung auf Bewährung verurteilt, durfte seitdem, obwohl seine Strafe bei einer Amnestie aufgehoben worden war, Turkmenistan nicht verlassen und stand unter geheimdienstlicher Beobachtung.

Der Fall ist für Satoka relativ glimpflich ausgegangen. Dafür werden zwei Gründe angeführt: Satoka war als Vorstandsmitglied der International Socio-Ecological Union, der größten Umweltorganisation im Bereich der ehemaligen Sowjetunion, international gut vernetzt. Seine Unterstützer konnten eine ungewöhnliche große Zahl von internationalen Menschenrechts- und Umweltorganisationen aktivieren. Natürlich spielt aber auch die Tatsache seiner doppelten Staatsbürgerschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle. In dieser Hinsicht ist Satoka ein Sonderfall. Zwar soll die russische Botschaft in Aschhabad in den letzten Jahren wenig hilfreich bei Satokas Versuch, seine Familie in Russland zu besuchen, gewesen sein, doch dieses Mal wurde sie zweifellos aktiv. Den turkmenischen Behörden erlaubte seine russische Staatsbürgerschaft andererseits, sich des Falles Satoka relativ problemlos zu entledigen.

Warum wurde Satoka aber überhaupt verfolgt? Sein Engagement für Natur und Umwelt war nicht i.e.S. regimekritisch, außerdem lebte er in Daschogus und damit weit von der Hauptstadt entfernt. Im Jahr 2006 soll die Angst vor einer orangenen, Rosen- oder Tulpenrevolution hinter seiner Verhaftung gestanden haben. Zu diesem Zeitpunkt ließ der damalige Präsident Nijasow alle noch außerhalb staatlicher Kontrolle in Erscheinung tretenden Menschen verfolgen. Über die Motive, die hinter seiner jetzigen Verfolgung stehen, gibt es verschiedene Vermutungen. Satoka selbst wollte nicht ausschließen, dass es jemandem in den örtlichen Behörden einfach nur um seine Wohnung ging. Andere Beobachter vermuten, dass er in den Fokus von Sicherheitskräften geraten war, die nach den »Lecks« suchten, aus denen immer noch Informationen aus dem abgeschotteten Turkmenistan ins Ausland gelangen. Russische Zentralasien-Experten, auch die Autoren der von uns ausgewählten Artikel, sehen den Fall in einem größeren Rahmen. Für sie ist nicht die russische Staatsbürgerschaft, sondern die russische Nationalität Satokas entscheidend gewesen. Der Umweltschützer ist für sie Opfer des zunehmenden Drucks der turkmenischen Führung auf die im Land verbliebene russische, bzw. russischsprachige Bevölkerung, ein Phänomen, das sie auch in den anderen zentralasiatischen Republiken sehen. Nicht zuletzt wird der Fall natürlich auch als Ausdruck großen Selbstvertrauens der turkmenischen Führung – auch gegenüber Russland – interpretiert.

Im Folgenden finden Sie den Kommentar eines russischen Experten, der auf einer oppositionellen turkmenischen Website veröffentlicht wurde, (Kommentare aus Turkmenistan selbst ließen sich auch in diesem Fall nicht finden),

sowie einen weiteren russischen aus der liberalen Nowaja Gaseta Kasachstan. Die großen russischen Tageszeitungen haben über den Fall genauso wenig berichtet, wie die Medien der anderen zentralasiatischen Republiken. Das hier in Teilen übersetzte Interview mit Satoka aus dem kritischen Internetportal ferghana.ru verdeutlicht, dass der Betroffene seinen Fall möglichst niedrig hängen möchte. So niedrig, dass die Redaktion des Portals in Ermangelung anderer kritischer Äußerungen eine Bemerkung des Umweltschützers über beschlagnahmtes Tierfutter für seine Schlangen und Spinnen als Überschrift wählte.

Beate Eschment

Der Fall des Umweltschützers Satoka ist Ausdruck allgemeiner Tendenzen

Website Gündogar, 12.11.2009

<http://www.gundogar.org/?012048672000000000000013000000>

Von Andrej Grosin

[...]

In der Entwicklung der Ereignisse um den turkmenischen Umweltschützer Andrej Satoka, seiner Verhaftung und nachfolgenden Freilassung, bestehen noch viele Unklarheiten. Einige Schlussfolgerungen scheinen mir aber bereits jetzt gerechtfertigt.

Erstens ist klar, dass die Verurteilung des Bürgerrechtlers und Umweltschützers, in noch größerem Maße aber des Menschen, der eine Politisierung seiner Tätigkeit nachdrücklich ablehnte, auf lokale Initiative zurückgeht. Wenn die Anweisung zur Durchführung eines Schauprozesses mit einer derart großen Zahl von Verstößen gegen Rechtsnormen, wie im Falle Andrej Satokas, von oben gestammt hätte, wäre es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einem derart positiven und verhältnismäßig raschen Ausgang des Verfahrens gekommen. Wäre der Hinweis an die gerichtlichen Instanzen von oben gekommen, befände sich der Umweltschützer wohl noch immer im Gefängnis. Das bestätigt für mich erstens, dass wir es hier in vielerlei Hinsicht mit dem Eifer irgendwelcher lokaler turkmenischer Beamter zu tun haben.

Andererseits spiegelt alles, was mit dem Umweltschützer geschehen ist, eine allgemeine, in Turkmenistan und überhaupt im ganzen postsowjetischen Raum bestehende, Tendenz wider. Russischsprachige Menschen, besonders politisch aktive, sind für die lokalen Eliten äußerst unbequem und rufen Befürchtungen hervor. Es sind Personen, die man eingrenzen, lokalisieren und mit Repressionen überziehen muss. Obwohl in den Jahren der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken die überwiegende Mehrheit der nicht den Titularnationen angehörenden politisch aktiven Menschen ausgewandert ist, werden Russen und Russischsprachige, die sich mit Naturschutz befassen, in NGOs beschäftigt sind oder ein gut gehendes Unternehmen betreiben, bis zum heutigen Tag als potentielle Gefahr gesehen und unterdrückt. Das heißt, ungeachtet dessen, dass der Übereifer örtlicher Beamter im Fall Andrej Satokas offensichtlich ist, passt er auch in ein allgemeines Bild, das für Turkmenistan charakteristisch ist.

Der neue Führer Turkmenistans, der dieses Amt nun schon bald drei Jahre innehat, demonstriert in den letzten Monaten einerseits immer größeres Vertrauen in die eigene Stärke, die eigene Position. Andererseits neigt er zunehmend dazu, diese im Verhältnis zu Russland wie auch gegenüber dem Westen auszuspielen. Wie äußert sich diese Politik? Es werden alles andere als wohlwollende Schritte unternommen, wie beispielsweise die Verhängung des Ausreiseverbotes für Studenten, die an der Amerikanischen Universität Zentralasiens eingeschrieben waren. Sie werden praktisch im Land eingesperrt, in die Liste der Leute aufgenommen, denen die Ausreise untersagt ist. Dies ist ein deutliches, gegen die USA gerichtetes Zeichen der Macht. Auch gegen Bürgerrechtler wird massiv vorgegangen – eine Demonstration gegenüber der Europäischen Union. Und es werden Schritte unternommen, die auch in Russland nicht anders als unfreundlich gedeutet werden können. Die Verfolgung eines russischen Umweltschützers, der nicht nur die turkmenische, sondern auch der russische Staatsbürgerschaft besitzt, ist eine überflüssige Bestätigung dessen.

Berdymuchammedow ist offensichtlich endgültig davon überzeugt, dass die Energievorräte seines Landes und das Interesse der weltweiten Machtzentren, Zugang zu diesen Ressourcen zu erhalten, es im Erlauben, nach Belieben zu handeln. Dies schließt die Verfolgung ausländischer Staatsbürger aufgrund erdachter, offensichtlich gefälschter Anlässe ein.

[...] Jedenfalls haben die westlichen Menschenrechtsorganisationen in diesem Fall sowohl eine geringere Effektivität als auch weniger Eile und, so muss man hinzufügen, auch weniger Engagement (als die Elite Russlands, Anm. der Red.) gezeigt. Möglicherweise konnten sie einfach nicht rechtzeitig reagieren, möglicherweise wollten sie sich an dem gegebenen Fall nicht beteiligen. Schließlich betraf dieser Fall keinen Bürgerrechtler, sondern einen unpolitischen Umweltschützer, noch dazu einen mit russischer Staatsbürgerschaft.

[...]

Aus dem Russischen von Guzel Ibragimowa

Eine giftige Geschichte

Andrej Satoka wurde aus der turkmenischen Justiz befreit

Internetausgabe Nowaja Gaseta Kasachstan, 12.11.2009

http://novgaz.com/index.php?option=com_content&task=view&id=588&Itemid=1

Von Arkadij Dubnow

In Turkmenistan hat sich eine märchenhafte Geschichte ereignet. Sie dauerte insgesamt 17 Tage, in deren Verlauf zwei Menschen auf dem städtischen Markt von Daschogus (das ehemalige Taschaw) zusammen stießen. Es begann damit, dass sich der eine von beiden über den anderen ärgerte, weil er ihm »auf den Fuß getreten« war, setzte sich mit der Festnahme dessen, »der getreten hatte«, und einem neun Tage später stattfindenden Gerichtsprozess fort, in dem der »Schuldige« zu fünf Jahren Freiheitsentzug wegen »Verursachung eines Schadens mittlerer Schwere« verurteilt wurde. Am Ende standen eine Berufungsverhandlung und die Umwandlung des Urteils in eine Geldstrafe von 350 Dollar. Gleich am folgenden Tag erfolgte die Deportation des »Sträflings« und seiner Frau aus Turkmenistan nach Russland. [...]

Er war vor drei Jahren, im Dezember 2006, schon einmal unter der Beschuldigung des »unerlaubten Waffenbesitzes und der Nutzung hochwirksamer oder giftiger Substanzen sowie der illegalen Gewinnung von Schlangengift« festgenommen worden. Schon damals war allen klar, dass diese Beschuldigungen phantastischen Charakter hatten, ist es doch gar nicht anders möglich, als dass sich im Bestand eines Schlangenkundlers ihr Gift sowie Gegengifte gegen die gefährlichen Tiere befinden. Anderthalb Monate nach seiner Verhaftung, in denen sich der Machtwechsel von dem unerwartet verstorbenen Turkmenbaschi dem Großen zum ehemaligen Gesundheitsminister Gurbanguly Berdymuchammedow vollzog, wurde Satoka zu vier Jahren auf Bewährung ohne das Recht, seinen Wohnort zu verlassen, verurteilt. So wurde dem Umweltschützer die Möglichkeit genommen, seine Kinder und seine Mutter in Jekaterinburg zu besuchen.

Jetzt zeigte sich, dass diejenigen, denen Satoka 2006 oder vielleicht auch früher »auf den Fuß getreten war«, ihn nicht vergessen hatten und ihm ein anderes »Bein« stellten. [...]

Diesmal aber befanden sich unter denjenigen, die sich für Satoka einsetzten, auch offizielle russische Behörden, einschließlich des Außenministeriums. Dies zeugte bereits von einer grundsätzlich neuen Qualität des Verhältnisses Moskaus gegenüber der Verfolgung eines Landsmannes in Turkmenistan. Gewöhnlich wagte die russische Diplomatie bekanntlich nur Riga, Tallinn, Kiew und Tiflis scharf zu tadeln, wenn diese sich an dort lebenden Russen vergriffen hatten. Wobei dies immer laut, öffentlich und mit sichtlichem Vergnügen geschah. Ich weiß nicht, wie es im Fall Satoka um das »Vergnügen« bestellt war, aber die russische Botschaft in Aschchabad hat in dieser Angelegenheit eine Protestnote an das turkmenische Außenministerium gesandt. Es gab auch viele andere Protestnoten, insbesondere von den in Aschchabad akkreditierten diplomatischen Vertretungen der EU-Länder. [...]

Man kann nur Mitleid mit dem turkmenischen Außenminister, Raschid Meredow, haben, der Präsident Berdymuchammedow über die meterlangen Faxrollen, die zur Verteidigung Satokas eingegangen waren, Bericht erstatten musste. Bekanntlich lieben es große Vorgesetzte, besonders in Mittelasien, nicht, wenn sie mit solchen Vorgängen persönlich belästigt werden... [...]

Der besondere Reiz dieser Geschichte liegt darin, dass die turkmenischen Machtorgane ihren Wunsch, einen Menschen, der ihr Land und seine Natur so sehr liebte, wie sie es selbst noch nicht gelernt haben, so schnell wie möglich loszuwerden, nicht einmal verbargen.

Sie jagten einen Menschen aus dem Land, der kein bekannter Dissident oder berühmter Schriftsteller wie Bukowski oder Solschenizyn war, die die UdSSR verlassen mussten, weil sie die ideologischen Pfeiler des sowjetischen Regimes erschütterten hatten.

Sie entledigten sich innerhalb weniger Stunden eines Umweltschützers, weil er offenbar durch seine bloße menschliche Existenz, durch seine der Politik fernstehende berufliche Tätigkeit das Fundament des gegenwärtigen turkmenischen Regimes gefährdet hat. [...]

Aus dem Russischen von Guzel Ibragimowa

Andrej Satoka: »Mögen sie die Mehlwürmer und Kakerlaken selber essen...«

Internetportal Ferghana.ru, 10.11.2009

<http://www.ferghana.ru/article.php?id=6365>

Von Marija Janowskaja

[...]

Andrej Satoka: Als ich ins Untersuchungsgefängnis gebracht wurde, waren in meiner Zelle etwa zehn oder elf Personen. Sofort rief mich der »Großvater« – der Stellvertreter des Leiters der Haftanstalt – zu sich und befragte mich über die Situation in der Zelle. Er überlegte, die Häftlinge auf andere Zellen zu verteilen. Im Untersuchungsgefängnis war es zu diesem Zeitpunkt sehr eng – wegen der Feiertage hatte sich die Verlegung der Insassen verschoben, daher waren dort insgesamt sechzig Personen eingesperrt. Und obwohl ich dem »Großvater« sagte, dass alles in Ordnung sei, blieben wir am selben Tag zu siebt in der Zelle zurück. Die Häftlinge sagten mir, dass sie sich an so etwas nicht erinnern könnten.

[...]

Versorgt wurden wir in Untersuchungshaft gut, morgens gab es Brei, am Abend auch – Weizengrütze. Absolut essbar. Kalorienhaltig. Und die Menge war nicht beschränkt, man konnte einen Nachschlag bekommen, wenn man wollte. Es gab ausreichend Schwarzbrot, so dass niemand Hunger leiden musste. Mittags gab es als ersten Gang Gemüse-Fleisch-Süppchen – ziemlich dick, auch gut essbar. Aber die Hauptnahrung der Häftlinge sind Lebensmittel aus den Päckchen von zu Hause, wobei es in einigen Zellen so viele sind, dass sie verderben und weggeworfen werden.

[...]

Andrej Satoka: Mit mir sprachen zwei Personen, einer sah wie ein hochkarätiger Vorgesetzter aus, er stellte sich auch so vor: »Ich bin ein neuer Mensch aus der Verwaltung.« Und der Zweite war vom Typ her sein Assistent. Aus welcher Verwaltung genau die Herren waren – aus der von Daschogus oder aus Aschhabad – wurde nicht gesagt, ich habe aber auch nicht gefragt. Es gibt nur eine Organisation, deren Mitarbeiter alle Probleme in einem fünfminütigen Telefongespräch erledigen. In Turkmenistan zeigen diese Menschen schon seit langem niemandem einen Ausweis und nennen nie ihren Namen. Sie sagen bestenfalls: »Ich bin aus der Verwaltung«, – und das war's, alle fügen sich ihnen widerspruchslos.

Er fragte mich direkt: »Haben Sie einen Antrag an die russische Botschaft geschrieben?« – »Ja, das habe ich.« – »Was wollten Sie?« – »Ich wollte, dass sie mir Rechtshilfe gewähren. Der Untersuchungsrichter hat darauf verzichtet, der russischen Botschaft mitzuteilen, dass ich verhaftet worden bin, da ich als turkmenischer Bürger verhaftet wurde. Er sagte, dass ihm meine russische Staatsangehörigkeit völlig egal sei, deshalb hielt ich es für nötig, an die Botschaft zu schreiben.« Ich versuchte von diesem »Neuen aus der Verwaltung« zu erfahren, weshalb ich in Untersuchungshaft war, er wimmelte mich ab: »Lassen Sie uns bitte nicht über Ihre Schuld reden. Hier wartet Ihre Frau auf Sie, wir geben Ihnen die Möglichkeit, sie zu treffen...«

Sie sprachen sanft mit mir, ohne Druck und Drohungen. Es war offensichtlich, dass sie die verfahrenere Situation unbedingt irgendwie klären mussten. Sie fragten mich, ob ich eine Beschwerde verfasst hätte. Ich antwortete: Ja, habe ich,

aber nicht unterschrieben. Sie sei bei mir in der Zelle. Daraufhin wurde ich zurück in die Zelle geführt, brachte ihnen die Beschwerde und wir setzten das Gespräch fort. »Was möchten Sie als nächstes tun?« fragten sie mich. Und ich antwortete ehrlich, dass ich wahrscheinlich keine Beschwerde einreichen würde, weil das noch niemandem geholfen hätte. Ich werde ins Gefängnis gehen müssen. Wenn sich niemand einmischte, hoffe ich, dass ich am 12. Dezember amnestiert und freigelassen werde. Und dann werde ich alles tun, um Turkmenistan zu verlassen.

[...]

Wir könnten Ihre Abreise beschleunigen, – sagten sie mir. – Wenn Sie die turkmenische Staatsbürgerschaft ablegen, können Sie viel schneller ausreisen.

[...]

Jewgenija Satoka: Wir bekamen zwei Bogen Papier, mir wurde die Erklärung über den Verzicht auf die Staatsangehörigkeit diktiert, Andrej schrieb selbst. Dann kam die Frage, wie lange die Bearbeitung des Austritts aus der Staatsbürgerschaft dauern wird? Uns wurde gesagt: ein bis anderthalb Monate. Aber ich kann nicht so lange warten, ich bin berufstätig... Da ging der Vorgesetzte hinaus, und kam nach fünf Minuten wieder: »Gut, die Frage ist entschieden. In zwei bis drei Tagen werden sie zusammen sein.« Aber wir hatten noch offene Fragen wie: Wie läuft das ab? Schaffen wir es, unsere Sachen zu packen? Können wir einen Container nach Russland schicken? Können wir nach Aschchabad fahren, um uns von Freunden zu verabschieden? Können wir die Tiere freilassen oder abgeben, wir hatten doch ein Terrarium mit Schlangen, einer Eidechse, Spinnen... Uns wurde versichert, dass die Abreise ganz ruhig ablaufen werde, unter normalen Umständen und mit genügend Zeit. Andrej fragte, ob Probleme beim Zoll zu erwarten seien: es ist sehr kompliziert, Bücher aus Turkmenistan auszuführen. Uns wurde versprochen, dass es problemlos vonstatten gehen werde, und »mit dem Container werden unsere Leute helfen«.

[...]

Andrej Satoka. Obwohl uns versprochen worden war, dass es keine Probleme mit dem Zoll geben würde, fingen sie an, kaum dass wir am Bahnhof waren. Mir wurde gesagt, dass ein Verzeichnis der Sachen, die ich in den Container laden wolle, fehle, dass bestimmte Sachen nicht ausgeführt werden dürften... Die Zollbeamtin begann sich zu beschweren: Wie soll ich etwas sehen, hier gibt es keine Scheinwerfer, es ist dunkel.

[...]

Andrej Satoka. Diejenigen, die uns begleiteten, benahmten sich höflich. Kein normaler Mensch konnte gleichgültig zusehen, WIE wir abgeschoben wurden, selbst wenn man uns für »Feinde des Volkes« hielt. Und sie bemühten sich, wie sie konnten, die Situation erträglicher zu machen. Aber von Seiten der Behörden, die unsere Abschiebung organisierten, kam nur unverhohlener Spott. »Koffer – Bahnhof – Russland«.

[...]

Als ich zum ersten Mal festgenommen worden war, wusste ich, dass das Komitee für Staatssicherheit dahinter stand. Ich wurde der Spionage und der Zusammenarbeit mit »feindlichen Webseiten« verdächtigt. Nirgends gab es damals Spuren des KSB, doch wurde ich jeden Sonntag aus der Untersuchungshaft zum KSB zu strengen Verhören geführt, sie konfiszierten alle meine Computer und untersuchten alle Datenträger... Als sie sich allmählich davon überzeugt hatten, dass ich mit niemandem zusammenarbeitete, wurde der Stil des Verhörs weniger streng. Sie fanden nur ein paar meiner Briefe, in denen ich Nijasow kritisiert hatte. Später bereute ich dies, was auch aufrichtig war – es ist schlecht, so über Verstorbene zu reden... Ich war davon überzeugt, dass es keine Wiederholung geben würde, dass wir zu einem Kompromiss gekommen wären. Sie bedeuteten mir, dass sich eine Verhaftung nicht wiederholen würde, und ich versprach, dass ich niemandem davon erzählen, keine Aufruhr verbreiten würde. Und ich sagte wirklich nur die üblichen Sätze und Worte der Dankbarkeit – um dem Ruf des neuen Präsidenten nicht zu schaden, ihn nicht zu verärgern, und meine Freunde nicht ans Messer zu liefern. Ich habe meinen Teil der Absprache erfüllt, sie aber nicht.

Ich neige nicht zu Rachegefühlen, ich muss jetzt an die Zukunft denken... Wenn sie aber mit uns nicht so umgegangen wären, wenn es ohne die Tränen meiner Frau und die Nerven meiner Mutter, der »die Wohltäter« meine erneute Verhaftung mitteilten, abgegangen wäre, dann würde ich mit Ihnen jetzt nicht sprechen. Ich hätte von einem Interview Abstand genommen. Ich denke aber, dass ich nun dazu verpflichtet bin, alles zu erzählen.

[...]

Aus dem Russischen von Guzel Ibragimowa

Chronik
Vom 23. Oktober bis zum 19. November 2009
Kasachstan

23.10.2009	Präsident Nasarbajew erklärt während seines Staatsbesuches in der Türkei das Interesse Kasachstans an einer Beteiligung am Pipeline-Projekt Samsun–Ceyhan.
23.10.2009	Die UN werden in den kommenden sechs Jahren 50 Mio. US-Dollar für die Realisierung ihrer Projekte in Kasachstan bereitstellen, gibt der UN-Koordinator für das Land, Haoliang Xu, bekannt.
24.10.2009	Ex-Kazatomprom-Chef Muchtar Dschakijew bittet die Staatsanwaltschaft um die Weiterführung seiner medizinischen Behandlung. Dschakijew war von Mitarbeitern des Geheimdienstes KNB aus einer Klinik in Astana wieder ins Gefängnis überführt worden.
24.10.2009	Präsident Nasarbajew ruft türkische Geschäftsleute in einer Stellungnahme dazu auf, stärker in die kasachstanische Wirtschaft zu investieren.
26.10.2009	Der Vorsitzende des Senats, Kasymschomart Tokajew, reist zu Gesprächen mit Vertretern des russischen Föderationsrates und religiöser Institutionen nach Moskau.
27.10.2009	Im Gebiet Almaty wird ein Projekt zur Beschäftigung körperlich behinderter Jugendlicher in einem speziell gestalteten Gartenbaubetrieb vorgestellt.
27.10.2009	In dem Entwurf des Programmes »Ökologie Kasachstans 2010–2020« wird prognostiziert, dass sich die Weizenernten im Norden des Landes aufgrund des Klimawandels in Zukunft um 25 % verringern könnten.
28.10.2009	Der Aufsichtsratschef der Alliance Bank, Margulan Seisembajew, und mehrere seiner Mitarbeiter werden mit internationalem Haftbefehl gesucht, meldet die Finanzpolizei. Seisembajew wird Bereicherung aus den Aktiva der Bank in Höhe von ca. 106 Mio. US-Dollar vorgeworfen.
28.10.2009	Wie Bildungsminister Schanseit Tujmebajew auf einer Pressekonferenz mitteilt, plant seine Behörde Hochschulen schließen zu lassen, die eine qualitativ schlechte Ausbildung anbieten.
28.10.2009	Martha Brill Olcott, Kasachstan-Expertin am Carnegie Endowment of Peace in Washington, erklärt auf einer Konferenz, dass das Land während seines OSZE-Vorsitzes im Jahr 2010 eine wichtige Rolle bei der Lösung von sogenannten eingefrorenen Konflikten einnehmen könne.
29.10.2009	Premierminister Karim Massimow kritisiert auf einer Konferenz die geringe Wettbewerbsfähigkeit der kasachstanischen Massenmedien gegenüber den russischen.
29.10.2009	Vize-Premierminister Serik Achmetow erklärt, dass das im November in Kraft tretende Gesetz »Zur Nutzung von Bodenschätzen« den kasachstanischen Anteil bei der Förderung von Ressourcen sicherstellen soll.
30.10.2009	Innenminister Serik Baigamanbetow erklärt, dass eine Beschäftigung bei der Polizei nur durch eine erhebliche Erhöhung der Gehälter attraktiv gemacht werden könne.
30.10.2009	Präsident Nasarbajew reist zu einem Arbeitsbesuch in die Vereinigten Arabischen Emirate.
30.10.2009	Der Handel mit Aktien der angeschlagenen Banken BTA und Alliance und des Finanzunternehmens Astana-Finance an der kasachstanischen Börse wird vom 31.10. bis zum Ende des Jahres ausgesetzt.
2.11.2009	Am Grenzposten Bachtly im Gebiet Ostkasachstan werden bei einer aus China eingetroffenen Fracht von 44 t Baumaterial um das Vierfache überschrittene Grenzwerte radioaktiver Strahlung festgestellt, meldet KazTAG.
2.11.2009	Die Nachfrage der Bevölkerung nach Waren und Dienstleistungen könnte nach Aussagen von Olschas Chudaibergenow, Direktor des Zentrums für makroökonomische Studien, im kommenden Jahr um bis zu 20 % sinken.
2.11.2009	Die oppositionelle Zeitung Respublika hofft auf Unterstützung ihrer Leserschaft bei der Begleichung der durch ein Gerichtsurteil an die BTA Bank zu zahlenden Strafe von insgesamt 60 Mio. Tenge (ca. 411.000 US-Dollar), erklärt der Anwalt der Zeitung, Sergej Utkin.
3.11.2009	Der erste Vize-Premierminister, Umursak Schukejew, fordert auf einer Kabinettsitzung die Entwicklung des Binnenflugverkehrs für Leichtflugzeuge als Alternative zum zeitraubenden Autoverkehr.
3.11.2009	Der Vize-Chef der Partei Nur Otan, Darchan Kaletajew, ist bereit sein Einkommen und das seiner Ehefrau in einer Deklaration offen zu legen.
4.11.2009	Präsident Nasarbajew reist aus Amman, wo er sich zu Gesprächen mit der jordanischen Führung aufhielt, zu einem zweitägigen Staatsbesuch nach Italien und in den Vatikan weiter. Dabei sind bilaterale Gespräche insbesondere im Bereich wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgesehen.

4.11.2009	Bereits 5.000 Bürger haben ihre Fragen für eine Life-Sendung mit Präsident Nasarbajew eingesandt, die am 13.11.2009 auf nationalen TV- und Radio-Sendern übertragen werden soll.
5.11.2009	Kasachstan erlebt das fünfte Quartal wirtschaftlicher Rezession in Folge, heißt es in einem Bericht des Zentrums für wirtschaftliche Analysen Rakurs. Demnach ist das BIP im Zeitraum September 2008 bis September 2009 um 5 % gefallen.
5.11.2009	Der oberste Richter Kasachstans, Musabek Alimbekow, sagt in einer Stellungnahme, dass einige Journalisten nicht kompetent und sachgemäß über Gerichtsprozesse berichten.
6.11.2009	BTA, die ehemals größte Bank Kasachstans, hat in den ersten drei Quartalen 2009 insgesamt 13,4 Mrd. US-Dollar Verlust gemacht. Ein Restrukturierungsplan, der die Streichung von 8 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden vorsieht, soll bis Anfang Dezember verabschiedet werden. Deutsche Gläubigerbanken kritisieren den Plan.
6.11.2009	Darchan Kaletajew, Vize-Chef der Partei Nur Otan, fordert eine Erhöhung des Anteils der Frauen in den Gremien seiner Partei.
9.11.2009	Unter Vorwürfen der Verletzung kasachstanischer Zuwanderungsgesetze wird in Almaty eine aus Usbekistan stammende 60-köpfige Gruppe von Roma festgenommen, berichtet KazTAG.
9.11.2009	Landwirtschaftsminister Akylbek Kuryschbajew erklärt in einem Interview, dass sein Land in diesem Jahr bis zu 10 Mio. t Getreide exportieren kann.
10.11.2009	Der slowenische Präsident Danilo Türk trifft zu einem Staatsbesuch in Astana ein. Thema der Gespräche ist vor allem die Lieferung von Energieträgern in die Staaten der EU.
11.11.2009	In einer Haftanstalt nahe Astana verletzen sich 15 Gefangene selbst, um gegen ihre Haftbedingungen zu protestieren, meldet KazTAG.
11.11.2009	Der Staatskonzern Kazatomprom erwartet für das Jahr 2009 einen Reingewinn von 49 Mrd. Tenge (ca. 331 Mio. US-Dollar), gibt der Pressedienst des Unternehmens bekannt.
11.11.2009	Die EBRD bewilligt Kasachstan einen Kredit in Höhe von 10 Mio. US-Dollar zur Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs in Almaty.
12.11.2009	Die Auslandsverschuldung der kasachstanischen Geschäftsbanken ist im Zeitraum von Januar bis September 2009 um 7,3 Mrd. US-Dollar auf 31,9 Mrd. US-Dollar gesunken, gibt Nationalbankchef Grigorij Martschenko bekannt.
12.11.2009	Präsident Nasarbajew empfängt OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut zu Gesprächen.
13.11.2009	Vier Bergleute gewinnen den Prozess gegen ihren Arbeitgeber, den Stahlkonzern ArcelorMittal. Nach einer Gehaltskürzung waren sie aus Protest aus ihrer Gewerkschaft ausgetreten und hatten gegen das Unternehmen geklagt.
13.11.2009	Präsident Nasarbajew steht Bürgern in einer live übertragenen Fernseh- und Rundfunkübertragung Rede und Antwort. Wie erwartet, betrafen viele Fragen sozioökonomische Probleme während der anhaltenden Krise. Unter anderem schließt der Präsident kategorisch aus, dass ausländische Investoren die Kontrolle über die wichtigsten Banken des Landes erhalten.
13.11.2009	Chen Bingde, Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee, und Bulat Kirgibajew, Chef des Nationalen Sicherheitskomitees, vereinbaren bei einem Treffen eine engere chinesisch-kasachstanische militärische Zusammenarbeit, meldet People's Daily.
14.11.2009	Der stellvertretende UN-Generalsekretär, Jan Kubis, äußert in einem Gespräch mit Außenminister Saudabajew die Überzeugung, dass der kasachstanische OSZE-Vorsitz 2010 erfolgreich sein werde.
16.11.2009	Mitarbeiter des Staatskonzerns KazMunaiGaz in der Stadt Schanaosen, Gebiet Mangystau, treten für höhere Gehälter in den Hungerstreit.
16.11.2009	Das ehemalige Militärgelände Darijal-U am Balchasch-See wird zur ökologischen Krisenzone erklärt. Dort sind hochgiftige Abfälle gelagert, die nun von einer deutschen Firma entsorgt werden sollen.
16.11.2009	Der Chef der Agentur für Statistik, Alichan Smailow, sieht keinen Grund, die Ergebnisse der Anfang dieses Jahres durchgeführten Volkszählung anzuzweifeln. Durch massive Korruption waren zwei Drittel der dafür aus dem Staatshaushalt bereit gestellten 1,14 Mrd. Tenge (7,79 Mio. US-Dollar) in private Kassen geflossen.
17.11.2009	Die untere Kammer des Parlaments billigt ein neues Gesetz zur Gleichstellung von Mann und Frau, das nach Angaben der Abgeordneten Jelena Tarasenko den Vorgaben der OSZE entspricht.
17.11.2009	Premierminister Massimow ruft kasachstanische Einzelhandelsunternehmen auf, durch Übernahme von unter der Krise leidenden russischen Handelsketten auf den benachbarten Markt zu expandieren.

17.11.2009	Ein Denkmal zu Ehren der als historische Vorväter der kasachischen Nation bezeichneten Herrscher Schanybek und Kerei nahe Astana soll von einer Expertenkommission überprüft werden. Das 100 Mio. Tenge (ca. 683.000 US-Dollar) teure Monument war von Historikern und Islamwissenschaftlern als historisch-kulturell, künstlerisch und architektonisch-ideologisch wertlos bezeichnet worden.
18.11.2009	In Almaty beginnt ein Treffen der SCO, bei dem über die gemeinsamen Anti-Terrormaßnahmen beraten werden soll. Usbekistan nimmt als einziger Mitgliedsstaat nicht teil.
18.11.2009	Präsident Nasarbajew räumt in einer Stellungnahme Defizite im Justizsystem des Landes, besonders bei der Besetzung von Richterämtern, ein, meldet Interfax.
19.11.2009	Außenminister Saudabajew erklärt, dass die Korruption im Gesundheitssystem gefährlicher als jede Krankheit sei, meldet KazTAG.

Kirgistan

27.10.2009	Präsident Kurmanbek Bakijew unterzeichnet ein Dekret über die Bildung einer ganzen Reihe von neu geschaffenen Regierungsinstitutionen.
27.10.2009	Nachdem ihnen die Nutzungsgenehmigung entzogen worden war, ziehen die spanischen Truppen von der Luftwaffenbasis auf dem Manas-Flughafen ab.
27.10.2009	Die Weltbank stellt 12 Mio. US-Dollar für die Entwicklung der Infrastruktur der Städte Bischkek und Osch zur Verfügung.
27.10.2009	Zehn Anhänger des Oppositionskandidaten Almasbek Atambajew, die am Tag der Präsidentenwahlen verhaftet worden waren, treten aus Protest gegen ihre Inhaftierung in einen Hungerstreik.
28.10.2009	Der Oppositionsführer Asimbek Beknasarow fordert die Hungerstreikenden zum Abbruch ihres Streiks auf.
29.10.2009	Präsident Bakijew ernennt seinen Sohn Maksim zum Chef der neuen Zentralagentur für Entwicklung, Investitionen und Innovationen.
29.10.2009	Die Delegation der Europäischen Kommission in Kirgistan teilt mit, dass die EU 5 Mio. Euro zur Unterstützung der Staatsbudgets zur Verfügung stellt.
30.10.2009	Energieminister Iljas Dawydow teilt mit, dass ein Übereinkommen mit Usbekistan über die Zahlung der Gasschulden bis zum 1.12.2009 erreicht wurde.
1.11.2009	Der Journalist Kubanyschbek Dscholdoschew von der Zeitung Schamy wird in der Nacht von Unbekannten krankenhausreif geschlagen.
2.11.2009	Der russische Botschafter in Kirgistan, Walentin Wlasow, erklärt vor Journalisten, dass die Einrichtung einer zweiten russischen Militärbasis in Kirgistan noch im Verhandlungsstadium sei.
2.11.2009	Nach Angaben in der chinesischen Zeitung Jenim Jibao ist der Außenhandel zwischen Kirgistan und der chinesischen Provinz Xinjiang in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 um 55,9 % gesunken.
3.11.2009	Eine neue Jugendbewegung, die sich in Erinnerung an den im April ermordeten Parlamentsabgeordneten Sanjar Kadyralijew gegründet hat, stellt sich der Öffentlichkeit vor.
3.11.2009	Präsident Bakijew empfiehlt dem Rat der Stadt Bischkek, dem Bürgermeister eine dreijährige rechtliche Immunität zu garantieren.
3.11.2009	Bei einem Treffen mit hochrangigen Vertretern der Weltbank erklärt die Beraterin des Finanzministers, Alija Kerimbajewa, dass die Regierung die öffentliche Verschuldung von 55 % auf 45 % des BIP senken wolle.
3.11.2009	Nach Erhebungen der Crisis Centers Association sind gegenwärtig 83 % der Frauen Kirgistans Gewalt ausgesetzt, die Tendenz ist steigend. 24 % der Frauen wurden gegen ihren Willen verheiratet.
3.11.2009	Reporter ohne Grenzen zeigt sich in einer Erklärung beunruhigt über die steigende Zahl von Überfällen auf Journalisten in Kirgistan.
3.11.2009	Bewaffnete Personen überfallen und berauben ein von Kirgisen wie Ausländern bewohntes Hotel in Bischkek.
4.11.2009	Zwischen dem US-Transitzentrum am Manas-Flughafen und dem Innenministerium werden Verhandlungen darüber geführt, ob die Truppen des Ministeriums gegen Bezahlung den Schutz der amerikanischen Einrichtung übernehmen.
4.11.2009	24.kg meldet unter Berufung auf das Innenministerium, dass der Herausgeber der Zeitung Dschylan, Sejtibak Muratalijew, ermordet wurde.

5.11.2009	Nach Angaben aus dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft benötigen mehr als 70 % der Schulen des Landes eine Totalrenovierung.
6.11.2009	Das Parlament beschließt die Verringerung seiner Komitees von zwölf auf neun und eine Reduzierung der Zahl der Mitarbeiter um mehr als 200.
6.11.2009	Der Chef der Nationalen Fernseh- und Rundfunk Corporation, Melis Jeschimkanow, tritt zurück, Nachfolgerin wird seine bisherige Stellvertreterin Katja Urumkanowa (Orozbai kyzy Kaiyrgul).
8.11.2009	Die UN-Sonderberichterstatteerin über Gewalt gegen Frauen, Rashida Manjoo, trifft zu einem zehntägigen Informationsbesuch in Kirgistan ein.
9.11.2009	ODHIR/OSZE publizieren ihren Abschlussbericht über die Präsidentschaftswahl am 23.7.2009. Demnach hat der Ablauf der Wahl in mehreren Aspekten nicht den OSZE-Anforderungen entsprochen. Die Organisation macht Verbesserungsvorschläge und erklärt ihre Bereitschaft zur Unterstützung.
9.11.2009	Präsident Bakijew trifft am Vorabend des Wirtschaftsgipfels der Organisation der Islamischen Konferenz in Istanbul mit seinem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül zu Gesprächen über eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zusammen.
9.11.2009	Nach Angaben des zwischenstaatlichen Komitees für Statistik der GUS ist Kirgistan 2009 neben Aserbaidshan und Moldowa einer von drei Staaten mit einer Deflation.
9.11.2009	In Bischkek wird die erste Unterkunft für Obdachlose eröffnet.
10.11.2009	Während das Justizministerium und das Parlamentskomitee für internationale Angelegenheiten den Beitritt Kirgistans zu internationalen Abkommen zur Abschaffung der Todesstrafe beschließen, sprechen sich die Fraktion der Kommunistischen Partei und der regierenden Partei Ak Schol für die Beibehaltung der Todesstrafe aus.
11.11.2009	Vertreter der Transportministerien von Kirgistan, Usbekistan und China unterzeichnen in Bischkek ein Implementierungsprotokoll zum Abkommen über staatliche Dienstleistungen im Transitverkehr. Dieses war 1998 unterzeichnet, aber nie realisiert worden. Es betrifft gegenseitige Straßennutzungsgebühren und -rechte.
11.11.2009	Der Vorsitzende der Partei Ata Meken, Omurbek Tekebajew, verbreitet eine Erklärung, in der Präsident Bakijew der Verletzung der Verfassung und des Machtausbaus durch Verfassungsänderung beschuldigt wird.
11.11.2009	Rosa Otunbajewa wird zur Vorsitzenden der oppositionellen Parlamentsfraktion der Sozialdemokraten gewählt.
12.11.2009	Präsident Bakijew diskutiert mit den UN-Exekutivsekretären der Wirtschaftskommissionen für Europa bzw. Asien und den Pazifik, Jan Kubis und Noleen Heyzer, die weitere Zusammenarbeit.
12.11.2009	Die Regierung billigt das Dekret über die Anhebung der Preise für Strom und Wärmeversorgung um das Zwei- bis Zehnfache.
12.11.2009	Das Parlament verabschiedet mit großer Mehrheit ein Gesetz, nach dem Staatsbürger mit gerichtlich anerkannten Schulden das Land nicht verlassen dürfen.
13.11.2009	Auf einem von der UN finanzierten Konferenz in Bischkek beraten Vertreter der Regierungen der zentralasiatischen Staaten und ihrer Nachbarn, internationaler Organisationen und von Finanzinstitutionen über regionale Strategien zur Überwindung der Finanzkrise.
13.11.2009	Eine spezielle staatliche Antikorruptionskampagne, die mit Cartoons, Radiosendungen und Puppenspielen Jugendliche für das Thema sensibilisieren soll, beginnt.
13.11.2009	Die Erhöhung der Strom- und Heizungspreise ruft Diskussionen hervor. Der Bürgermeister von Bischkek sieht vor allem die vielen Armen der Stadt betroffen. Ferghana.ru meldet, dass der Beschluss auf Forderungen der Weltbank beruhe, diese dementiert dies.
13.11.2009	Die chinesische Botschaft in Bischkek warnt ihre in Kirgistan lebenden Staatsbürger vor Überfällen und fordert die kirgisischen Sicherheitskräfte auf, mehr für ihren Schutz zu tun.
13.11.2009	Die kirgisische Gasgesellschaft hat 3 Mio. US-Dollar an die usbekische Uztransgaz überwiesen. Damit betragen die kirgisischen Gasschulden gegenüber Usbekistan noch 8,5 Mio. US-Dollar.
14.11.2009	Die Pressestelle der Regierung teilt mit, dass Premierminister Danijar Usenow einen Regierungsbeschluss über die mittelfristige Gestaltung der Strom- und Heizungspreise 2010–2012 unterzeichnet hat.
18.11.2009	Generalstaatsanwalt Elmursa Satybalidjew erklärt auf einer Pressekonferenz, dass der ehemalige Präsident Askar Akajew in Kirgistan Immunität genieße und daher problemlos aus seinem Moskauer Exil zurückkehren könne.

18.11.2009	In Osch wird der russische Staatsbürger und Rechtsanwalt Bachrom Chamrojew, Mitglied von Memorial und Vorsitzender der Gesellschaft der politischen Emigranten aus Zentralasien, festgenommen und nach Russland abgeschoben. Ihm wird Verbreitung von Informationen über Hisb ut-Tahrir sowie das Sammeln von Informationen über die soziopolitische Lage in Kirgistan vorgeworfen.
19.11.2009	Die Partei Ata Meken beantragt beim Verfassungsgericht die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Prozesses der Erklärung der Verwaltungsreformen.
19.11.2009	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, nach dem Diplomaten bei offiziellen Dienstgeschäften Kirgisisch sprechen müssen.

Tadschikistan

25.10.2009	RIA Nowosti meldet, dass Russland den Bau von drei kleineren Kraftwerken in Tadschikistan plane.
26.10.2009	Nach den Worten von Außenminister Hamrochon Zarifi haben die Ergebnisse des Moskaubesuches von Präsident Emomali Rachmon die Erwartungen weit übertroffen.
26.10.2009	General David Petraeus, Kommandeur der US-Truppen in Afghanistan und Irak, hält sich zu Gesprächen mit der Regierung in Duschanbe auf.
26.10.2009	Der ehemalige Direktor des staatlichen Unternehmens Vostokrodmet, Schawkat Bobodschonow, der im Juli unter Spionageverdacht festgenommen worden war, und einige weitere Personen werden von einem Gericht in Sogd zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.
28.10.2009	Präsident Rachmon erklärt in einer im Fernsehen übertragenen Rede, dass sein Land nie Kraftwerke bzw. Stauseen bauen werde, die die Wasserversorgung der Staaten am Unterlauf der Flüsse behindern.
2.11.2009	In Duschanbe findet eine vom deutschen BKA in Zusammenarbeit mit tadschikischen Stellen organisierte Konferenz über den Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus statt.
1.11.2009	Eine neue Hochspannungsleitung, die das Gebiet Sogd mit dem Süden des Landes verbindet, nimmt den Betrieb auf.
2.11.2009	Die tadschikische Roghun-Hpp und die ukrainische OJSC Turboatom unterzeichnen einen Vertrag über langfristige Zusammenarbeit.
3.11.2009	Während des Besuches einer polnischen Wirtschaftsdelegation unter dem stellvertretenden Wirtschaftsminister Marcin Korolec wird ein Abkommen über ökonomische Zusammenarbeit beider Länder unterzeichnet.
3.11.2009	Aus Anlass des 15. Jahrestages der Verfassung unterzeichnet Präsident Rachmon ein Amnestiegesetz, nach dem alle Gefangenen, die Dreiviertel ihrer Strafe verbüßt haben, aus der Haft entlassen werden. Das Gesetz betrifft unabhängig von der Straflänge auch alle Frauen, sowie alle unter 18- und über 55-Jährigen, Behinderte, Veteranen, Träger staatlicher Orden, Deserteure und Ausländer.
3.11.2009	Der Migrationsdienst des Innenministeriums und die saudi-arabische Handelskammer unterzeichnen ein Abkommen, das tadschikischen Arbeitsmigranten unter der Voraussetzung, dass sie ihre Familien mitbringen und einen Sprachkurs absolviert haben, erlaubt, in Saudi-Arabien zu arbeiten.
4.11.2009	Aus Isfara wird die Verhaftung einer Frau und eines Jugendlichen wegen des Verdachts der Unterstützung der IMU gemeldet.
4.11.2009	Der Pressedienst des russischen Verteidigungsministeriums teilt mit, dass ein Entwicklungsprogramm für das Welt- raumbeobachtungszentrum in Nurek ausgearbeitet wurde. Russland hatte einen Teil der tadschikischen Schulden im Austausch für das Zentrum abgeschrieben.
5.11.2009	Präsident Rachmon bietet ausländischen Diplomaten Zugang zu Archivunterlagen aus der Zeit des Bürgerkrieges 1992–97 an, damit sie sich ein Bild dieser Zeit, in der Ausländer das Land verlassen hatten, machen können.
5.11.2009	Das Verteidigungsministerium und das OSZE-Büro in Tadschikistan unterzeichnen ein Memorandum über die Bildung einer Einheit zur Räumung von Anti-Personen-Minen.
5.11.2009	Während des Besuches des polnischen Außenministers Andrzej Kremer in Duschanbe wird ein Abkommen über Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Hochschulbildung unterzeichnet.
5.11.2009	Nach Angaben aus dem Landwirtschaftsministerium sind bislang 76 % der geplanten Baumwollernte von 350.000 t eingebracht.
9.11.2009	Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew unterzeichnet das Ratifizierungsabkommen über das internationale wissenschaftliche Forschungszentrum Pamir-Tschkaltaj, meldet der Pressedienst des Kreml.

10.11.2009	In einem Dorf im Bezirk Ascht, Gebiet Sogd, wird ein von der EU finanzierter Lebensmittel verarbeitender Betrieb eröffnet, der Bauern und Kleinunternehmen bei der Qualitätsverbesserung helfen soll.
10.11.2009	Nach Analysen des Ministeriums für Transport und Kommunikation sind zwischen 1998 und 2008 in Tadschikistan offiziell 4.682 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen, 18.948 wurden verletzt. Der schlechte Zustand der Straßen gilt als eine der wichtigsten Unfallursachen.
10.11.2009	In ländlichen Gebieten tritt eine Stromrationierung von sieben Stunden pro Tag in Kraft.
15.11.2009	Die regierende Volksdemokratische Partei Tadschikistans spricht sich gegen die Verschiebung der Parlamentswahlen um zwei Monate aus, wie sie von mehreren Oppositionsparteien vorgeschlagen wurde.
17.11.2009	In Duschanbe beginnt eine vom OSZE-Büro in Tadschikistan und dem International Trust Fund (ITF) organisierte Konferenz zum Problem der Landminen in Zentralasien.
19.11.2009	Nach den Worten von Bildungsminister Abdjabor Rachmonow ist das Problem des Lehrermangels in Duschanbe gelöst, in den Gebieten verbessert. Am schlechtesten ist nach wie vor das Gebiet Chatlon versorgt.

Turkmenistan

23.10.2009	Der Staatskonzern Turkmengaz gibt bekannt, dass der turkmenische Abschnitt der Gaspipeline Turkmenistan-China fertig gestellt ist.
25.10.2009	Der am 20.10. festgenommene Umweltschützer Andrej Satoka teilt in einem fergana.ru zugespielten Brief mit, dass er seit längeren von den Sicherheitsorganen Turkmenistans beschattet wurde.
27.10.2009	Vor der turkmenischen Botschaft in Moskau finden über mehrere Tage hinweg Kundgebungen zur Unterstützung Andrej Satokas statt.
29.10.2009	Satoka wird von einem Gericht in der Stadt Daschogus wegen mittlerer Körperverletzung zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt.
30.10.2009	Die Organisation Human Rights Watch fordert von der turkmenischen Regierung die umgehende Entlassung von Satoka aus der Haft.
3.11.2009	Die staatliche Nachrichtenagentur TDN teilt mit, dass es bisher noch keinen einzigen registrierten Fall der Schweinegrippe im Land gäbe.
5.11.2009	Der ehemalige Vize-Premierminister und damals als wahrscheinlicher Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Saparmurat Nijasow gehandelte Redschep Saporow stirbt im Gefängnis Owadan-Tepe.
5.11.2009	Wie Eurasianet.org mitteilt, äußert sich Präsident Berdymuchammedow aufgeschlossen gegenüber der Einführung einer so genannten webbasierten elektronischen Regierung, die die Arbeit der Regierung transparenter machen soll.
6.11.2009	Das Gericht der Stadt Daschogus ändert die Freiheitsstrafe Satokas in eine Geldstrafe bei gleichzeitiger Aufgabe seiner turkmenischen Staatsbürgerschaft.
8.11.2009	Bei den Asiatischen Spielen für Hallensportarten in Vietnam bleibt Turkmenistan als einziges zentralasiatisches Land ohne Medaillen.
12.11.2009	Präsident Berdymuchammedow zeigt sich unzufrieden mit dem Tempo der diesjährigen Baumwollernte.
12.11.2009	Aufgrund der Schweinegrippe wurde Pilgern die Hadsch untersagt. Stattdessen wurde eine Pilgerroute zu heiligen Stätten im eigenen Land ausgearbeitet.
18.11.2009	Der Sonderbeauftragte für Energieressourcen des eurasischen Raumes des US State Department, Daniel Stein, hat Turkmenistan und Aserbaidschan Unterstützung bei der Aufteilung des Kaspischen Meeres angeboten.
18.11.2009	Der Konzern Chevron möchte in die Gasförderung am Vorkommen Juschnyj Elotan einsteigen, sagt ein Firmenvertreter in Aschchabad.

Usbekistan

26.10.2009	Ferghana.ru meldet, dass in der ersten Oktoberhälfte im Gebiet Syr-Darja 27 Männer unter dem Verdacht des religiösen Extremismus im Zusammenhang mit mehreren Morden im Sommer in Taschkent verhaftet worden sind.
27.10.2009	Die Außenminister der EU-Staaten beschließen, das Waffen-Embargo gegen Usbekistan, das nach den Ereignissen in Andischan im Mai 2005 verhängt worden war, aufzuheben. Menschenrechtsorganisationen kritisieren den Beschluss scharf.

27.10.2009	Die Zentrale Wahlkommission verbietet die Nominierung von Kandidaten durch Initiativgruppen für die Parlamentswahl am 27.12.2009.
27.10.2009	Der stellvertretende Premierminister Rustam Kasymov, zuständig für soziale Fragen, Wissenschaft und Bildung, Gesundheit und Kultur, wird abgelöst, seine Aufgaben dem stellvertretenden Premierminister für Information und Telekommunikation, Abdulla Aripow, zusätzlich übertragen.
27.10.2009	Der umstrittene ehemalige britische Botschafter in Usbekistan, Craig Murray kritisiert auf einem Treffen von usbekischen Oppositionellen in Brüssel die EU-Position, äußert aber die Hoffnung, dass es auch in der EU Verfechter der Menschenrechte gäbe.
27.10.2009	Die usbekische Eisenbahngesellschaft gewinnt die Ausschreibung der afghanischen Regierung für den Bau einer 75 km langen Eisenbahnabschnittes von Hayraton nach Mazar-i Scharif.
27.10.2009	Der palästinensische Außenminister Riad al-Malki hält sich zu Gesprächen in Taschkent auf.
29.10.2009	Das Unterhaus des Parlamentes verabschiedet ein Programm zur Schaffung von 270.000 neuen Arbeitsplätzen.
30.10.2009	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet den zehnten Todesfall unter jungen Leuten während der Baumwollernte.
30.10.2009	Präsident Karimow gratuliert den Baumwollbauern des Landes zur Erfüllung des Planziels von 3,4 Mio. t Rohbaumwollernte.
31.10.2009	Mitarbeiter der Redaktionen der staatlichen Zeitungen Narodnoje Slowo und Prawda Wostoka sowie der Nachrichtenagentur Uza werden neben der Redaktionsarbeit zum Baumwollpflücken verpflichtet.
1.11.2009	Die Regierung beschließt ein Gesetz, nach dem im Abstand von 500m um Schulen und Moscheen kein Alkohol verkauft werden darf.
1.11.2009	Das iranische Unternehmen Oil Explorations unterzeichnet Verträge mit der russischen Lukoil und der malaysischen Petronas über die Ausführung von Explorationsprojekten in Usbekistan.
2.11.2009	Die Regierung beschließt, die Trolleybuslinien in Taschkent zum Zwecke der Stromersparnis bis Ende 2010 in normale Buslinien umzuwandeln.
2.11.2009	Uzbekenergo teilt in einer Bekanntmachung mit, dass die EU ihre Bereitschaft zur Erweiterung der Zusammenarbeit im Bereich Modernisierung der Gasleitungen erklärt habe.
3.11.2009	Erstmals seit vielen Jahren wird eine neue Münze mit dem Wert von 100 Sum herausgebracht, die die bisherigen 100 Sum-Scheine ersetzen soll.
3.11.2009	Uznews.net meldet, dass nach einem neu in Kraft getretenen Gesetz alle Bankkonten ohne vorherige Ankündigung überprüft werden dürfen. Die Regierung erklärt das als Maßnahme gegen Terrorismus und Geldwäsche.
4.11.2009	Nach der EU hebt auch die Schweiz ihre Sanktionen gegenüber Usbekistan auf.
4.11.2009	Uznews.net meldet, dass der Vertreter der Regierung in der Region Jizzakh, Uktam Tursunow, Polizisten und Bauern mehrfach geschlagen und bedroht hat.
5.11.2009	Die Ehefrau und Tochter des inhaftierten Journalisten Dilmurod Sayid verunglücken auf dem Weg zu seinem Gefängnis im Gebiet Navoi tödlich.
5.11.2009	Vertreter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes besuchen das Gefängnis UA 64/T-1 in der Stadt Andischan, um sich ein Bild von den Haftbedingungen zu machen.
5.11.2009	Hochrangige Vertreter der staatlichen Energiegesellschaft Uzbekenergo drohen zum wiederholten Male mit dem Austritt aus dem gesamtzentralasiatischen Stromnetz.
7.11.2009	Der bekannte Oppositionspolitiker und Geschäftsmann Sanjar Usmanow wurde aus dem Gefängnis entlassen, meldet ferghana.ru unter Berufung auf Familienangehörige.
9.11.2009	Usbekistan verlässt das Vereinigte Zentralasiatische Energiesystem.
10.11.2009	Die Untersuchung der Ermordung des Direktors des Taschkenter Ilhom-Theaters, Mark Weil, im September 2007 wird offiziell für beendet erklärt, drei junge Männer sind verurteilt, nach einem vierten wird noch gefahndet. Die Mitarbeiter des Theaters äußern Zweifel an der offiziellen Version.
14.11.2009	Eine Arbeitsgruppe von Vertretern der Zivilgesellschaft beginnt eine internationale Kampagne zur Freilassung des Journalisten und Menschenrechtlers Dilmurod Sayid.
14.11.2009	Im Zusammenhang mit der Beratung eines Gesetzes zur obligatorischen Krankenversicherung werden Zweifel an ihrer Wirkung laut, da sie die im Gesundheitssektor weit verbreitete Korruption weder abdeckt, noch verhindert.

14.11.2009	Vor einem Zivilgericht in Taschkent wird der Prozess von zwei ehemaligen usbekischen Mitarbeitern der französischen Botschaft gegen ihre Entlassung fortgesetzt. Die usbekische Seite betont, dass auch in ausländischen Botschaften usbekische Gesetze gelten, die Botschaft ignoriert den Prozess unter Hinweis auf die diplomatische Immunität, so Uznews.net.
16.11.2009	Eljor Ganijew, Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen, wird von Präsident Karimow zusätzlich zum stellvertretenden Premierminister ernannt.
16.11.2009	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret, mit dem Löhne, Pensionen, Stipendien und Sozialleistungen zum 1.12. um durchschnittlich 12 % erhöht werden.
16.11.2009	Vor der UT-Bank in Taschkent wird ein Mann von Schwarzhändlern bewusstlos geschlagen, der zuvor eine kleine Summe US-Dollar nicht bei ihnen, sondern in der Bank getauscht hatte.
17.11.2009	Die Handelskammern von Iran und Usbekistan unterzeichnen in Teheran ein Abkommen über eine Erweiterung der wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen.
17.11.2009	Nach Angaben der Initiativgruppe unabhängiger Menschenrechtsaktivisten sind seit Anfang November in der Stadt Karschi mindestens 30 bekennend muslimische Frauen ohne Angaben von Gründen verhaftet worden.
17.11.2009	Nach dem neuesten Rating von Transparency International gehört Usbekistan mit Platz 174 von 180 zu den korruptesten Staaten der Welt.
17.11.2009	Nach Aussagen des usbekischen Botschafters in Tadschikistan, Schokosim Schoisломow, bestehen von usbekischer Seite keinerlei Pläne, die Minen an der Grenze zu Tadschikistan zu räumen.
18.11.2009	Nach Angaben der US-Botschaft in Taschkent hält sich George Krol, US Deputy Assistant for South and Central Asian Affairs in Taschkent auf, um einen neuen Dialog mit Regierungs- wie Nichtregierungsvertretern zu beginnen.
18.11.2009	Der freie Journalist Aleksej Wolosewitsch wird von der Polizei festgehalten, als er Fotos von der seit einer Woche laufenden Fällung der 100jährigen Bäume auf dem Amir Timur Platz in Taschkent macht. Die hoch umstrittene Umgestaltung des Platzes geht auf einen Beschluss Präsident Karimows zurück, der damit den neuen Forumspalast von allen Seiten sichtbar machen will.
19.11.2009	Die Zeitung Halk Sözi meldet, dass in Taschkent ein Rehabilitationszentrum für Opfer von Menschenhandel eröffnet wurde.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentin: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2009 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Mitteilungen des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Interview mit Prof. Dr. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zur Zentralasienreise des Ost-Ausschusses

Vom 8. bis 11. November reiste eine deutsche Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft durch Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan. Wir sprachen mit dem Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Klaus Mangold über die Ergebnisse der Reise.

Herr Prof. Mangold, welche Ziele hatten Sie sich für die Reise in die drei Länder gesetzt?

Mangold: Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan sind sicherlich die drei zentralasiatischen Länder mit dem größten wirtschaftlichen Potenzial für die deutsche Wirtschaft. Wir hatten unter anderem Gespräche mit dem turkmenischen Staatspräsidenten Berdymuchamedow, dem kasachischen Regierungschef Massimow und dem Stellvertretenden usbekischen Ministerpräsidenten Azimov sowie Ministern für Wirtschaft, Energie und Handel. Während Kasachstan bereits seit einigen Jahren als Wachstumsmarkt hoch gehandelt wird, stehen Usbekistan und Turkmenistan vor einem großen Sprung nach vorne. Ziel unserer Reise war es, die deutsche Wirtschaft als entscheidenden Partner für die angestrebte Modernisierung zu positionieren. Dies ist gelungen. Konkret vereinbart haben wir beispielsweise enge Abstimmungen über die in den Ländern geplanten staatlichen Investitionsprogramme und Maßnahmen zur Wirtschaftsprivatisierung sowie engere Kooperation in speziellen Branchen. In Kasachstan gibt es eine »Road Map«, die Investitionen in Höhe von 80 Milliarden Dollar bis 2020 in 83 Projekte vorsehen. Ähnliches gibt es in Usbekistan. Hier werden wir am Ball bleiben.

Welches der drei Länder Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan ist Ihrer Ansicht nach am stärksten von der Krise getroffen, welches am wenigsten?

Mangold: Unserem Eindruck nach kommt Usbekistan am besten mit der Wirtschaftskrise zurecht, was auch daran liegt, dass das Land vergleichsweise wenig in die internationale Wertschöpfungskette einbezogen ist. Selbst für 2009 rechnen IWF und Weltbank für Usbekistan mit einem Wachstum von etwa acht Prozent. Bemerkenswert ist, wie stark das Land seine Exporte diversifizieren konnte. War Usbekistan 1991 im Export noch zu 70 Prozent von Baumwolle abhängig, kommt dieser Wirtschaftszweig nun nur noch auf acht Prozent. Stark betroffen von der Krise ist Kasachstan, insbesondere das Bankensystem. Hierzu hatten wir in Astana auch Gespräche geführt, in denen es um eine Abstimmung der Antikrisenmaßnahmen ging. Zudem haben wir der kasachischen Regierung die Unterstützung der deutschen Wirtschaft während der OSZE-Präsidentschaft 2010 angeboten; immerhin plant die Regierung nach dem Summit von Istanbul vor zehn Jahren wieder ein OSZE-Gipfeltreffen.

Wichtig war für uns die Aussage, dass die Zollunion zwischen Kasachstan, Russland und Belarus zwar beschlossene Sache, doch auch in Kasachstan keineswegs unumstritten ist. Immerhin machte Premierminister Massimow deutlich, dass die WTO-Mitgliedschaft für Kasachstan prioritär bleibe und unabhängig von Russland und Belarus verfolgt werde.

Turkmenistan war durch den Preisrückgang bei Rohstoffen auch von der Krise betroffen. Doch hier hat der Erholungsprozess bereits Fahrt aufgenommen. Das Land wird für die westliche Energieversorgung zunehmend wichtiger, das lässt für die nächsten Jahre wieder ein hohes Wachstum erwarten. Im Gegensatz zu Berichten über ein Gasdefizit wurde uns von neuen Erdgaslagerstätten berichtet, die nötigenfalls ausreichen, die geplante Nabucco-Pipeline allein mit turkmenischem Gas zu befüllen. Inzwischen geht die turkmenische Regierung von 16 Trillionen Kubikmeter Erdgasvorkommen aus. Große Hoffnungen setzt das Land neben Gasleitungen, die derzeit allerdings eher in Richtung China als in Richtung Europa errichtet werden, auf LNG-Projekte.

Welche konkreten Investitionschancen sehen Sie für deutsche Firmen?

Mangold: Das Thema Infrastruktur steht sicherlich ganz oben auf der Agenda. Usbekistan plant beispielsweise in den nächsten Jahren den Neu- und Ausbau von 1500 Kilometer Autobahn. Zudem soll die usbekische Luftfahrtindustrie

entwickelt werden. Dazu sind die Flughäfen des Landes zu modernisieren. Für Kasachstan haben wir zehn Bereiche identifiziert, in denen es Chancen für deutsche Unternehmen gibt: Landwirtschaft, Metallurgie, Chemie, Öl-Industrie, Energiewirtschaft, Transport, Logistik, Maschinenbau, Wehrindustrie, Tourismus. Für Turkmenistan gilt ähnliches, wobei hier die Energieindustrie natürlich die dominierende Branche ist.

Welche Geschäftsabschlüsse wurden von Ihrer Delegation getätigt?

Mangold: Wir nutzen Reisen dieser Art, um unseren Mitgliedsunternehmen Türen zu neuen Märkten zu öffnen und über die Rahmenbedingungen und mögliche Verbesserungen aus erster Hand zu erfahren. Ein wichtiger Punkt ist immer auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter im Land. So haben wir überall Visaerleichterungen eingefordert. Außerdem geht es auch darum, die emotionale Bindung dieser Länder und Regionen an Deutschland zu stärken. Konkret konnten wir durch die Reise die Position deutscher Unternehmen bei aktuellen Tendern verbessern. Zudem ist es ein wichtiges Signal, wenn Usbekistan sechs Airbusse erwirbt oder Siemens und RWE in Turkmenistan interessante Projekte in der Gesundheitswirtschaft oder im Energiebereich realisieren können.

Welche weiteren Erkenntnisse haben Sie von der Reise mitgebracht?

Mangold: Auf der Reise wurde besonders deutlich, dass die Länder Zentralasiens eigenständige Ansätze sowohl bei ihrer Wirtschaftspolitik als auch speziell zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise beschreiten. Die Zentralasienstrategie der EU muss diese unterschiedlichen Entwicklungen deutlicher abbilden und sich stärker zu einer Fünf-Länder-Strategie entwickeln, um zielgerichteter wirken zu können. Die Länder der Region stehen vor einem großen wirtschaftlichen Boom und werden gleichermaßen von China, der EU und Russland umworben. Zudem wächst ihre politische Bedeutung: Kasachstan setzt im Rahmen der OSZE Akzente. Usbekistan (wie auch Tadschikistan) bilden eine Sicherheitsgrenze zu Afghanistan. Es wird von den wirtschaftlichen Angeboten und von der Nachhaltigkeit unseres Engagements abhängen, ob ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Modernisierung Zentralasiens geleistet werden kann.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de